Merseburger Tageblatt

Kreisblatt

Bezugspreis bei Abholung durch die Austräger vierteljährlich Mk. 4.50, monatlich Mk. 1.50 durch die Post bezogen vierteljährlich und 14 Pfg. monatlich Bestellgeld; bei Abholung von der Expedition Mk. 4.50 bezw. Mk. 1.50. Einzelnummer 15 Pf. — Erscheint: täglich sonntags nachm. — Für unverlangte Einsendungen wird keine Gewähr geboten. — Erfüllungsort: Merseburg. — Fernruf 109. — Geschäftsstelle: Hälterstr. 4

Anzeigenpreis für den 6 gespaltenen Millimeter Zeilenhöhe 15 Pfg. — Die Quittung für die laufende Bezugspreis (Vierteljahr bezw. Monat) wird von Bestellern auf sicheren Anzeigen in Zahlung genommen. Schwieriger Satz wird angemessen höher berechnet. — Reklamezeile 75 Pfg. — Ziffergebühr und Porto extra. Anzeigenschluß 11 Uhr vorm., für umfangreiche Anzeigen 7 Uhr abds. des vorhergehenden Tages.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

Amtliches Anzeigeblatt der Merseburger Kreisverwaltung und vieler anderer Behörden

Nr. 267. Mittwoch, den 26. November 1919. 159. Jahrgang.

Tageschronik

In einer ungeheuerlichen Note lehnt Clemenceau rundweg die Rückgabe der deutschen Kriegsgefangenen ab, die zum Wiederaufbau Frankreichs verwendet würden.

Geheimrat v. Simson soll nicht mehr nach Paris zurückkehren; an seiner Stelle gehen dem Gesandten v. Lersner neue Instruktionen zu, die eine Wiederaufnahme der Verhandlungen ermöglichen sollen.

Die demokratische Partei hat sich gegen die Erfüllung der französischen Forderungen ausgesprochen.

Die ersten Auslieferungslisten sollen nach Beschluß des Obersten Rates in der nächsten Woche überreicht werden.

Im Saargebiet haben die Franzosen den Banken verboten, sich an der deutschen Sparprämienanleihe zu beteiligen.

Die Lage der deutschen Truppen im Baltikum wird immer verzweifelter: mehrere Flüchtlingszüge wurden von den Litauern zusammengeschossen.

Die Letten haben das Waffenstillstandsangebot des Generals v. Eberhardt abgelehnt.

Die Bolschewisten wollen eine neue Regierung bilden, in der auch die Menschewiki vertreten sein sollen; Lenin soll sich für die Einberufung der Nationalversammlung ausgesprochen haben.

In Kopenhagen beginnen heute offizielle Verhandlungen Englands mit der Sowjet-Regierung.

Die neuen Verwicklungen.

Simsons plötzliche Rückreise nach Berlin.

Zu der plötzlichen Rückreise der deutschen Delegation aus Versailles wird von deutscher amtlicher Seite Wert auf die Feststellung gelegt, daß die Verhandlungen nicht abgebrochen, sondern nur unterbrochen sind, allerdings wegen des sehr ungünstigen Ergebnisses der ersten Besprechungen. Herr von Simson hat am Montag abend dem Berliner Kabinett eingehend Bericht erstattet. Die Forderungen der Entente ergeben sich aus der letzten Note; zumal scheint Frankreich nicht bereit zu sein, auf die Ablieferung der 400 000 Tonnen Schiffsmaterial zu verzichten.

Das W. T. B. meldet dazu: Ministerialdirektor von Simonson hat dem Kabinett über seine Pariser Verhandlungen Bericht erstattet. Seine Rückreise erfolgte, weil in der Angelegenheit Versenkung der Flotte bei Scapa Flow neue Instruktionen nötig geworden sind. Alle Kombinationen, als hänge die Abreise des Herrn von Simson mit der Haltung des amerikanischen Senats zusammen, sind also gegenstandslos. Deutschland hat ein Interesse nicht an der Verzögerung, sondern am Abschluß des Friedens.

Die deutschen Einwendungen gegen das Protokoll

In „La Presse de Paris" schreibt der „Temps", nach Mitteilungen aus Berlin widersprächen die Deutschen hauptsächlich drei Bestimmungen des Protokolls oder des Friedensvertrages selbst: der Verantwortlichkeit für die Vernichtung der deutschen Flotte in Scapa Flow. Darauf könne am besten die britische Regierung antworten. Ferner erklärte die Reichsregierung, daß die öffentliche Meinung in Deutschland ihr nicht gestatte, den Alliierten die Deutschen auszuliefern, die Verbrechen gegen das Völkerrecht begangen hätten. Aber die Alliierten könnten nicht zulassen, daß eine Bestimmung verletzt werde, die die Gerechtigkeit verwirklicht. Endlich widerspreche man in Berlin, weil das vom Fünfer-Rat festgestellte Protokoll militärische oder andere Maßnahmen vorsehe; dies sei mit dem Friedenszustand unvereinbar. Der Friedenszustand von Frankfurt aber sah auch eine militärische Maßnahme vor, falls die französische Regierung nicht pünktlich für den Unterhalt der deutschen Besatzungstruppen sorgte.

„Ein deutsches Manöver".

Laut „Presse de Paris" bildet die Abreise Simsons und seiner Mission vorwiegend den Gesprächsstoff. Die Gründe, die der deutsche Diplomat angebe, seien nicht überzeugend. Wenn er sage, man müsse die deutsche Nationalversammlung über das Protokoll befragen, so mache er sich lustig, denn der Inhalt des Protokolls sei seit Beginn des Novembers bekannt. Es könne sich also nur um ein Manöver handeln. Deutschland wolle das Zögern des amerikanischen Senats ausbeuten. Aber dieses Manöver werde der Fünferrat durchkreuzen. Uebrigens müsse man wiederholen, daß die Regierung von Berlin am meisten daran interessiert sei, das sofortige Inkrafttreten des Friedensvertrages von Versailles sicherzustellen.

Die Stellungnahme des Reichskabinetts.

Wie unser Berliner Vertreter von gutinformierter Seite erfährt, wird das Reichskabinett am Mittwoch unter Hinzuladung der Parteiführer der Nationalversammlung zu der durch die plötzliche Rückkehr des deutschen Delegierten von Simson aus Paris geschaffene Situation Stellung nehmen.

Die Demokraten gegen die Zusatzforderungen?

Die Fraktion der Deutschdemokratischen Partei in der Nationalversammlung will nach der „Voss. Ztg." einstimmig für die Ablehnung der Zusatzforderungen der Entente zum Friedensvertrag bei der Reichsregierung eintreten. (Wenn nur die Fraktion nach berühmtem Muster nicht wieder in der Stunde der Entscheidung umfällt.)

Die ersten Auslieferungslisten.

Die „Information" meldet: Der Oberste Alliiertenrat beschloß, im Laufe der nächsten Woche die ersten Auslieferungslisten Deutschland zu überreichen. In erster Linie werden deutsche Militärpersonen angefordert, die nachweislich während des Krieges Verbrechen an der Zivilbevölkerung in Belgien und Frankreich sowie Plünderungen in den besetzten Kriegsgebieten verübten.

Die Agence Havas meldet: Die französische Regierung beschloß, mit Zustimmung des Alliiertenrats die Auslieferung der früheren Gouverneure von Lille, namens von Heinrich und von Graveniß, zu verlangen, die während des Krieges in Lille zahlreiche standrechtliche Todesurteile vollstrecken ließen. Außerdem werden mindestens 150 Offiziere angefordert, denen angeblich Plünderungen und Verbrechen an der Zivilbevölkerung nachgewiesen wurden.

Der Friedensvertrag als Wahlparole.

Nach einer Blättermeldung aus Newyork soll Senator Lodge erklärt haben, republikanische Senatoren wünschten dem amerikanischen Volk die vom Staat zurückgewiesenen Vorbehalte zu unterbreiten. Man schließe daraus, daß die im nächsten Jahre stattfindenden Präsidentschaftswahlen sich unter der Parole des Friedensvertrages vollziehen würden. Senator Hitchcock bezeichne die Absichten Lodges als Wahlmanöver und erkläre, der Patriotismus verlange ein Kompromiß.

Vertagung des Obersten Wirtschaftsrates.

Der Oberste Wirtschaftsrat führte am Sonntag in Rom seine Arbeiten zu Ende und vertagte sich bis Januar nächsten Jahres.

Verbot der Sparprämienanleihe im Saargebiet.

Die Oberste Verwaltung des Saargebietes hat eine Bekanntmachung erlassen, wonach den Banken des Saargebietes verboten wird, sich an der gegenwärtigen zur Zeichnung aufliegenden deutschen Anleihe zu beteiligen. Die Banken haben, falls sie schon Zeichnungen angenommen haben, dem Chef du Service financier ein Verzeichnis derselben zu übersenden.

Der Zwangsverkauf der lothringischen Hüttenwerke.

Saarbrücken, 24. Nov. Der Zwangsverkauf der lothringischen Hüttenwerke aus deutschem Besitz vollzogen.

Die Austreibung der Elsaß-Deutschen.

Die amtliche Straßburger Korrespondenz meldet, daß bis 1. November 1919 32100 Deutsche aus dem Unterelsaß nach ihrer Heimat zurückgeführt wurden. Unter diesen befanden sich 8800 unmittelbar Ausgewiesene, 4800 deutsche Beamte und 18 500 Deutsche, die „freiwillig" (!) abreisten. Acht Zehntel, also etwa 26 000 hiervon gehörten der Bevölkerung von Straßburg an.

* * *

Achtmonatige Dienstpflicht in Italien.

Das Gesetz über die Reorganisation der italienischen Armee soll nächstens veröffentlicht werden. Es schreibt die allgemeine einjährige Dienstpflicht vor, die bei fast allen Truppen auf acht Monate herabgesetzt werden kann.

Deutsche Aktiengesellschaften in Feindeshand.

Aus volkswirtschaftlichen Kreisen wird uns geschrieben: Sie haben dieser Tage mit Recht darauf hingewiesen, daß durch den Uebergang großer deutscher Kohlengruben und Hütten in ausländische Hände letzten Endes am meisten der deutsche Arbeiter benachteiligt wird. Alle seine schönen Hoffnungen auf Verstaatlichung, Vergesellschaftung usw. der großen deutschen Werke sind hinfällig im Augenblick, wo der Frembling seine Hand darauf gelegt hat. Denn selbstverständlich kann auch die sozialisierungswütigste Regierung nur solche Betriebe verstaatlichen, die entweder schon bereits freies Staatseigentum sind, oder aber sich noch in der Verwaltung deutscher Unternehmer befinden. Was dagegen bereits von Engländern, Amerikanern, Franzosen usw. angekauft worden ist, davon müssen wir bei der geplanten Sozialisierung unsere Finger lassen. Sonst würde uns der Vielverband sehr grob und fühlbar auf diese Finger schlagen.

Durch den jammervollen Stand unserer Valuta wird nun das Ausland geradezu darauf hingeführt, deutsche Aktien in Menge zu erwerben. Die neutralen Börsen bieten jedem Interessenten die Hand, und ohne daß die Verwaltungen unserer Aktiengesellschaften es wissen, wechseln Tausende von Anteilen täglich den Besitzer, gelangen in ausländische Kassenschränke. So kommt ganz von selber der Tag, wo das fremde Kapital in aller Form die Herrschaft über unsere Industrie an sich reißen kann. Wenn unsere Aktienunternehmungen sich gegen diese bedrohliche Möglichkeit wehren, so sollte man sie dafür loben, nicht aber ihnen in den Arm zu fallen suchen.

Die Kapitalserhöhungen, die jetzt bei uns im Schwunge sind, werden in der Presse vielfach erbittert befehdet. In manchen Fällen gewiß mit Recht. Eine Verwässerung des Aktienkapitals, die nur den Zweck hat, die Dividende herabzudrücken und den Steuerfiskus zu prellen, verdient als unsittlich bekämpft und zurückgewiesen zu werden. Wenn dagegen gerade unsere besten Industriebetriebe sich durch Schaffung von Vorzugsaktien mit mehrfachem Stimmrecht gegen die Ueberrumpelung durch Auslandskapital sichern wollen, so sollte man ihnen jede deutbare Unterstützung gewähren. Und es sollten zumal die Stammaktionäre in den bevorstehenden Generalversammlungen sich mit der neuen Ordnung einverstanden erklären. Zwar werden ihnen scheinbar ihre Rechte beschränkt, besonders dadurch, daß man die neuen Vorzugsaktien in die Hände von Vertrauenspersonen legen will. In Wahrheit ist dieser kleine Nachteil ganz unwesentlich und verschwindet vollkommen gegenüber den furchtbaren Gefahren, die dem Aktionär durch die Aktienaufkäufe des Auslandes drohen. Beim Einzelerwerb der Aktien durch Ausländer werden sie heute, dank der schlechten Valuta, weit unter ihrem Wert bezahlt; verhandelt dagegen die Aktiengesellschaft durch ihre zuständigen Leiter über fremde Kapitalsbeteiligung, so ist dadurch ein wesentlich höherer, dem inneren Wert der Beteiligung entsprechender Ertrag zu erzielen. Gleichzeitig können ausreichende Sicherheiten dafür geschaffen werden, daß die deutsche Gesellschaft nicht unter fremde Tyrannei gerät, daß ihre Geschicke nicht ausschließlich von fremdländischen Interessen geleitet werden.

Doch damit nicht genug. Wenn eine ausländische Kapitalisiengruppe deutsche Unternehmungen erwirbt, so ist oft damit zu rechnen, daß sie in ihrem Nutzen nicht unmittelbar aus den Ueberschüssen dieses Unternehmens, sondern auf anderen Wegen erzielen will. Beispielsweise kann die Gruppe die Interessen einer ausländischen Wettbewerbsindustrie vertreten und deshalb den deutschen Betrieb einfach stillegen, oder doch in seiner Ergiebigkeit empfindlich herabsetzen. In Nordamerika pflegt man solche Tricks und Kniffe ja sehr häufig anzuwenden. Neben dem deutschen Aktionär leidet dann auch der deutsche Arbeiter Not, der durch die Maßnahmen der Ausländer um Lohn und Brot gebracht wird. Anderseits würde es den Fremdlingen, die die Aktienmehrheit besitzen und die Verwaltung führen, auch leicht fallen, alle Erzeugnisse des Betriebes sehr billig zu erwerben und dadurch seinen Reingewinn beträchtlich zu verkleinern; es fiele in diesem Falle der eigentliche Verkaufsgewinn nicht dem deutschen Unternehmen, sondern der fremden Kapitalistengruppe als Zwischenhändlerin zu. Umgekehrt wird es sich sehr oft ereignen, daß die fremden Besitzer das deutsche Werk dazu zwingen, Rohstoffe und Halbfabrikate abzunehmen, die sie ihm teuer verkaufen. Auch kann wird der Ertrag des deutschen Werkes in fremdem Interesse künstlich heruntergedrückt.

Unsere Volkswirtschaft hat also, ob man sie nun vom Arbeiterstandpunkte oder von dem des Aktionärs aus ansieht, das höchste Interesse daran, die deutschen Aktiengesellschaften

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919191126-10/fragment/page=0001

nicht wehrlos in die Macht der Fremden geraten zu lassen. Wir müssen alles aufbieten, um uns das Verfügungsrecht zu sichern. Da wir nun gegen den Verkauf deutscher Aktien an ausländischen Börsen nichts tun können und da der Anreiz zu diesem Kauf durch den erbärmlich niedrigen Stand der Mark sehr groß ist, so bleibt unseren Aktiengesellschaften nur die Schaffung von Vorzugsaktien, und durch ihre Vereinigung in vertrauenswürdiger Hand läßt sich wenigstens das Schlimmste verhüten: nämlich der Uebergang der Verwaltung in feindliche Hände und die erbarmungslose Ausbeutung deutscher Betriebe durch Fremde.

Die verzweifelte Lage im Baltikum.

Deutsche Flüchtlingszüge von den Litauern zusammengeschossen.

Ueber die Lage im Baltikum wird amtlich berichtet: Die Reste der deutschen Legionen, verschiedene Freikorps, darunter das von Brandis, haben sich südlich von Mitau gesammelt. Der rechte Flügel steht bei Kruki in Verteidigung. Der linke Flügel hält die Bahn Mitau—Schaulen. Hier sind fünf aus Mitau kommende Flüchtlingszüge mit vorwiegend deutschstämmigen Flüchtlingen von den Litauern zusammengeschossen worden. Bisher sind

50 Tote und 150 Verwundete

gemeldet. Es wird versucht, die Bahnstrecke offen zu halten, damit wenigstens der Rücktransport der übrigen Flüchtlinge vor sich gehen kann. Die Eiserne Division geht anscheinend ziemlich geordnet zurück. Die Reste des linken Flügels, meist aus Russen bestehend, sollen sich im Raume Murajewo-Popeljany versammeln. Nach Abmarsch der Gruppe Plehwe, die bei Libau stand, ist die linke Flanke gegen die von Libau vorrückenden Letten offen. Sie wird durch schwächere Abteilungen östlich Prekulen gesichert. Die Litauer setzen ihre Angriffe gegen die Bahn Mitau—Schaulen fort. Radziwilischki ist von ihnen besetzt. Sie sind weiterhin bis Szylany vorgedrungen. Die von Schaulen ausgehenden Bahnen sind bis Szylany in deutscher Hand. Admiral Hopmann wird mit der Ententekommission in Schaulen erwartet. Im Ganzen ist die Lage außerordentlich ernst, an einigen Stellen verzweifelt.

Kein Waffenstillstand für General Eberhardt.

Das „Lettische Pressebüro" meldet aus Riga: Generalleutnant v. Eberhardt ersuchte nach dem Zusammenbruch der russischen Westarmee das lettische Oberkommando unter Hinweis darauf, daß sich die Armee Awalow-Bermondt unter sein Kommando gestellt habe, um sofortigen Waffenstillstand, der in der Nacht vom 19. zum 20. November beginnen sollte. Das lettische Oberkommando hat das Waffenstillstandsangebot nicht beantwortet und setzt die Operationen gegen die deutschen Truppen im Baltikum planmäßig fort.

Internierung der Truppen Bermondts in Mitteldeutschland?

Die „Leipz. Volksztg." meldet, daß die deutsch-baltischen Truppen Bermondts, deren Abtransport nach Deutschland bevorsteht, in Mitteldeutschland, voraussichtlich in der Gegend von Merseburg, interniert werden sollen. (Eine Bestätigung dieser Nachricht liegt bis jetzt nicht vor.)

Die Reichsregierung und die baltische Frage.

Das Reichsministerium hat sich laut „Dtsch. Allg. Ztg." in seiner Montags-Sitzung mit den ernsten Verhältnissen im Baltikum befaßt. Das Blatt erfährt weiter, daß die Verbandskommission zur Prüfung der baltischen Angelegenheiten die Beförderung größerer Truppenmassen, die den deutschen Truppen im Baltikum zu Hilfe kommen sollen, abgelehnt hat. Wolle man auch zugeben, daß die Truppen von ihren Führern verführt worden seien, daß zum Teil seitens dieser Führer mit gefälschten Befehlen der Reichsregierung gearbeitet wurde (?), so müsse doch andererseits daran erinnert werden, daß die Truppen von der Reichsregierung seit dem Juli aufgefordert wurden, in die Heimat zurückzukehren. Die Ostseeblockade sei sicher auf das Konto dieser Vorgänge zu setzen. Die Behandlung der Kriegsgefangenenfrage sei auch durch diese Vorgänge am Baltikum beeinflußt worden.

Der diplomatische Mitarbeiter der „D. Allg. Ztg." glaubt der Legende entgegentreten zu müssen, als würden hier verdiente Männer schlecht behandelt. Aber die Führer dieser Abenteurer hätten monatelang das Reich in die unerhörtesten Gefahren gestürzt. Er verlangt Stellung der Haupträdelsführer vor ein Kriegsgericht und schließt: Keinen Mann und keine Patrone mehr für das Baltikum!

Glaubt man vielleicht, die Entente hätte ihre Maßnahmen zur Knechtung Deutschlands nicht ergriffen, wenn wir keine Truppen an dieser gefährdeten Stelle gehabt hätten? Es war ja nur ein so guter Vorwand, um die Maßnahmen in eine Form bringen zu können.

Der „Berl. Lok.-Anz." hat begründeten Anlaß zu der Annahme, daß die Regierung einer Hilfsaktion für die Truppen doch noch in letzter Stunde näher tritt.

* * *

Lenin für die Nationalversammlung?

Bildung einer neuen russischen Regierung.

Dem „Daily Herald" teilte Lenin mit: Wir haben unsere Friedenswünsche, die wir zusammen mit Bullitt festsetzten, niemals geändert. Außerdem haben wir, ehe Bullitt nach Rußland kam, wiederholt amtliche Friedensvorschläge an die Entente gerichtet. Wir sind bereit, die unbedingte Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen Länder zu verbürgen. Die Sowjetregierung ist bereit, den Beweis zu erbringen, daß sie die Mehrheit des russischen Volkes vertritt. Diesen Beweis können nur allgemeine Wahlen zu einer Nationalversammlung erbringen. Lenins Erklärung kann nur bedeuten, daß er darauf eingehen will.

Die bolschewistische „Prawda" kündigt an, daß eine neue Regierung gebildet werden soll, in der auch die Menschewiki durch Martoff und Dan vertreten sein würden. Es liege ein Friedensvorschlag an Koltschak und Denikin vor.

Offizielle englische Verhandlungen mit Sowjet-Rußland!

Der bolschewistische Sondergesandte Litwinow ist gestern abend an Bord eines englischen Kriegsschiffes aus Reval in Kopenhagen eingetroffen. Die Verhandlungen mit der englischen Kommission sollen am Dienstag beginnen. In Börsenkreisen verlautet, daß Litwinow von der Sowjet-Regierung auch mit der Regelung wichtiger finanzpolitischer Fragen betraut worden sei. Die englische Presse erwartet von den Kopenhagener Verhandlungen weit mehr als die Regelung des Gefangenen-Austausches. Die bedeutendsten Londoner Blätter haben Sonderberichterstatter nach Kopenhagen entsandt.

Revolutionäre Arbeiterbewegung in England und Frankreich?

Die „Morning Post" meldet, daß in Frankreich und England bolschewistische Manifeste verbreitet worden, die eine große revolutionäre Arbeiterbewegung im Februar oder März vorsehen. Das Blatt erinnert daran, daß Hodges kürzlich eine neue Aktion der englischen Bergleute für die gleiche Zeit ankündigte. Im „Worker", dem Organ der schottischen Gewerkschaften, veröffentlicht der Vorsitzende Gallagher einen Aufruf an die Arbeiter im Clyde, bei den bevorstehenden Kämpfen hinter den Bergleuten zu stehen. Der Aufruf schließt mit den Worten: „Nieder mit der Monarchie! Nieder mit dem Kapitalismus! Vorwärts zur sozialen Republik!"

Die Tatsache, daß in England und Frankreich revolutionäre Bewegungen bestehen, sagt nicht neues und es ist politisch auch ziemlich belanglos, solange diese Bewegung auf eine Minderheit ohne Einfluß beschränkt bleibt.

Erfolg des amerikanischen Grubenarbeiterstreiks.

Rotterdam, 24. Nov. (Eig. Drahtber.) Reuter meldet aus Washington, daß zwischen den streikenden Grubenarbeitern und den Arbeitgebern eine Annäherung erfolgt sei. Der Präsident der Grubenarbeiter-Gewerkschaften habe den Beschluß, für die Grubenarbeiter eine Lohnerhöhung von 31 Proz. und 27 Proz. für die Heuer zu bewilligen.

•

Die Lage in Bitterfeld.

W. T. B. meldet, daß bei der großen Bedeutung, die die Bitterfelder Werke auch für Berlin haben, dort unbedingt alle Arbeitsstörungen vermieden werden müßten. Da die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Betriebsleitern und einem Teil der Arbeiterschaft zu Gefährdungen der lebenswichtigen Betriebe führen könnten, wurden alle notwendigen Maßnahmen getroffen.

* * *

Die Förderung im deutschen Braunkohlenbergbau

Langsam, ganz allmählich hat sich in den letzten Wochen nicht nur die Förderung im deutschen Braunkohlenbergbau gesteigert, sondern auch die einzelne durchschnittliche Kopfleistung, die im Frühjahr bis auf 57 Proz. der Friedensleistung, vereinzelt noch tiefer, gesunken war, hat sich wieder gehoben. Dazu kommt erfreulicherweise auch ein weiteres Anwachsen der im Braunkohlenbergbau Deutschlands beschäftigten Personen. Einige wenige Zahlen mögen diese Sätze erläutern.

Im August d. J. wurden im gesamten deutschen Braunkohlenbergbau (mit Ausnahme der Reviere Köln-Ost, Köln-West, München und Bayreuth) 5 800 211 Tonnen Braunkohlen gefördert, im September d. J. dagegen 5 957 888 Tonnen. An Briketts wurden hergestellt im August d. J. 1 251 250 Tonnen, im September 1 294 836 Tonnen. An Arbeitskräften waren beschäftigt im August d. J. 105 129 Einheimische und 1509 Fremde (Kriegsgefangene usw.). Im September d. J. 107 421 und 1703 Fremde (Kriegsgefangene usw.). Im September hielt die Steigerung der beschäftigten Arbeitskräfte weiter an. Während nämlich ein Abgang von 3635 Arbeitern zu verzeichnen war, ist ein Zugang von 5795 Arbeitern festzustellen.

Wenn nun also auch eine erfreuliche Steigerung in der Förderung zu buchen ist, so reicht sie doch immer bei weitem noch nicht an die vorjährige Förderung einer damals mehr als 50 Proz. geringeren einheimischen Arbeiterschaft nicht heran. 51 955 einheimische Kräfte mit 33 283 Kriegsgefangenen förderten im September 1918 6 247 024 To. Braunkohle, im September 1919 die bereits erwähnten 107 421 einheimischen und 1703 fremden Arbeitskräfte dagegen nur 5 957 888 Tonnen. Es muß also noch viel mehr gearbeitet werden, ehe von einer wirklichen Besserung zu sprechen ist.

Ausbeutung neuer Braunkohlenfelder.

Unter der Firma Braunkohlengewerkschaft Kothaus ist in Breslau ein Unternehmen ins Leben gerufen worden zur Ausbeutung der im Kreise Oppeln liegenden Braunkohlenfelder. Es kommen etwa 500 Morgen in Frage, die zwischen Kombrachtschütz und Schmilwitz liegen. Die Braunkohle soll in Stärke von 2—3 Metern unter einer 2 Meter tief Sandschicht liegen.

Der wankende Regierungsblock.

Das Betriebsrätegesetz macht den Regierungsparteien große Schwierigkeiten. Nach allem, was aus parlamentarischen Kreisen mitgeteilt wird, ist kaum damit zu rechnen, daß die Demokraten vom Standpunkt ihres Kompromißvorschlages abweichen werden, obwohl allerdings ein Teil des linken Flügels der Partei zu Zugeständnissen bereit scheint. Das Zentrum hat sich vorläufig Entschließungsfreiheit vorbehalten. Seine Stellungnahme ist noch nicht völlig geklärt. Ein Teil des Zentrums ist gleichfalls zu Zugeständnissen bereit, doch dürfte die Partei in ihrer Gesamtheit sich nicht für die Auffassung der Sozialdemokratie aussprechen.

Aufhebung des Belagerungszustandes.

Von unserm Berliner Vertreter wird uns geschrieben: Von gutinformierter Seite erfahre ich, daß das Reichsministerium des Innern die Vorlage für die Verhängung des Ausnahmezustandes noch im Laufe des nächsten Monats fertigstellen wird. Danach soll in Zukunft der Belagerungszustand beseitigt werden und dafür gesetzlich Ausnahmebestimmungen zur Verhinderung innerer Unruhen in Kraft treten, die eine erhebliche Beschränkung der Versammlungsfreiheit und die Zulassung von Zeitungsverboten vorsehen. Ferner wird die Handhabung der Schutzhaftverhängung neu geregelt werden.

Erschwerte Einfuhr.

Wie unser Berliner Vertreter erfährt, wird die Einfuhr von ausländischen Luxuswaren und Genußmitteln nach Deutschland nunmehr einer scharfen Einschränkung unterworfen werden.

Die Warenkontrolle im besetzten Gebiet.

Wie unser Berliner Vertreter von gutunterrichteter Seite erfährt, haben die englische und die französische Regierung eine Vereinbarung darüber getroffen, daß die Durchfuhr von deutschen Waren über das besetzte Gebiet einer besonderen Kontrolle unterstellt werden soll.

Schärfere Kontrolle der Ablieferungsbestimmungen.

Wie unser Berliner Vertreter hört, wird das Reichsernährungsministerium noch in den nächsten Tagen damit sich beschäftigen, die Ablieferungsbestimmungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse schärfer zu handhaben, um die immer stärker einsetzende unkontrollierbare Ausfuhr deutscher Ernährungsmittel zu verhindern.

Die Besetzung der abzutretenden Gebiete.

„Times" melden aus Paris: Der Rat der Alliierten hat die Besetzung Oberschlesiens für Mitte Dezember und die Besetzung der west- und ostpreußischen Gebiete für den 20. Dezember beschlossen.

Maßregelung des Obersten Rheinhard?

Wie der „Lok.-Anz." hört, beabsichtigt die Regierung den Obersten Reinhard — nicht zu verwechseln mit dem Kriegsminister, der in Anerkennung seiner Dienste um die Republik vor einigen Tagen zum republikanischen General ernannt worden ist, wobei vielleicht noch der Wunsch maßgebend war, Verwechselungen mit dem Truppen-Kommandeur Reinhard zu vermeiden — wegen der Gestellung der Ehrenkompagnie anläßlich der Anwesenheit des Generalfeldmarschalls Hindenburg zu maßregeln.

Hindenburgs Dank.

W. T. B. veröffentlicht nachfolgende Kundgebung Hindenburgs:

Gelegentlich meiner Reise nach und von Berlin, sowie während meines Aufenthaltes daselbst und auch nach meiner Rückkehr nach Hannover sind mir wieder von Einzelnen, sowie von Vereinigungen zahlreiche Beweise freundlicher Gesinnung in Form von Begrüßungsschreiben, Telegrammen, Blumen und sonstigen Gaben entgegengebracht worden. So sehr mich diese Aufmerksamkeiten erfreut haben, so wenig bin ich in der Lage, meinen Dank hierfür einzeln auszusprechen. Ich bitte daher, dies ausschließlich durch diese Veröffentlichung tun zu dürfen.

Die Heimkehr der deutschen Gefangenen aus Japan

soll jetzt nach Möglichkeit beschleunigt werden. Die schweizerische Gesandtschaft hat sich bereits mit der japanischen Regierung in Verbindung gesetzt. Es wird erwartet, daß die ersten gecharterten Dampfer im Dezember oder Januar in Bewegung gesetzt werden können.

Panik in einem Ballokal Amerikas.

Ville Platte (Louisiana), 24. November. In einem Ballokal entstand infolge falschen Feueralarms eine Panik. Bisher wurden 26 Leichen geborgen.

Aus Stadt und Umgebung

Was gibt es an Lebensmitteln?

Für die Woche vom 1.—7. Dezember gelangen zur Verteilung: 100 Gramm Grütze zu 15 Pfg., 200 Gramm Marmelade zu 60 Pfg., ½ Pfund Rübensaft zu 1,05 Mk. Die Abgabe der Bezugsscheine 79—81 und die Abstempelung des Lebensmittelheftes hat morgen, Donnerstag und übermorgen pünktlich zu erfolgen. Nachbelieferungen erfolgen grundsätzlich nicht mehr.

Versammlung der Kriegshinterbliebenenvereinigung.

* Die Kriegerhinterbliebenenvereinigung des Kreiskriegerverbandes Merseburg hielt am Sonnabend, den 22. d. Mts. im Ratskeller eine Sitzung ab, an welcher auch der geschäftsführende Vorstand dieses Verbandes teilnahm. Von der Vorsitzenden, Frau Oberregierungsrat Alter wurden die Erschienenen begrüßt und ihnen der Dank für ihr Erscheinen ausgesprochen. Als erster Punkt der Tagesordnung fand die Beratung der vom einstweiligen Vorstande ausgearbeiteten Satzungen statt. Diese wurden gutgeheißen. Hiernach sind eintrittsberechtigt alle Kriegshinterbliebenen, welche nach den jeweiligen Versorgungsgesetzen Versorgungsansprüche geltend machen können. Auch können Personen, welche durch laufende oder einmalige größere Beträge die Bestrebungen der Vereinigung unterstützen, außerordentliche Mitglieder werden. Sie haben jedoch nur beratende Stimme und passives Wahlrecht. Die anwesenden Mitglieder des Kreiskriegerverbandsvorstandes traten hierauf der Vereinigung sofort bei. Der Mitgliederbeitrag beträgt jährlich 1 Mark. Anmeldungen werden vom Vorstande jederzeit entgegengenommen.

Als nächster Punkt der Tagesordnung fand die endgültige Wahl des Vorstandes statt. Es wurden die Frauen Alter, Haacke, Biertümpfel, Lehmann, Höllig, Rohmer und Meyer gewählt. Des weiteren wurde beschlossen, für die noch nicht 14 Jahre alten Kinder der ordentlichen Mitglieder eine Weihnachtsfeier zu veranstalten. Um die erforderlichen Vorbereitungen hierfür rechtzeitig treffen zu können, sind die teilnehmenden Kinder bei der Frau Vorsitzenden, Weiße Mauer 16, bald anzumelden. Sodann wurde vom Rechnungsrat Eichardt die Mitteilung gemacht, daß die Reichsregierung zum Besten bedürftiger Kriegshinterbliebenen für den Winter 1919/20 100 Millionen Mark bereitgestellt hat. Er brachte die wesentlichen Grundsätze, nach welchen Beihilfen aus diesem Geldstock gewährt werden sollen, zur Verlesung. Anträge auf Gewährung solcher Beihilfen sind unverzüglich an den Magistrat (städtisches Wohlfahrtsamt) einzureichen. Des weiteren wurde noch darauf hingewiesen, daß alle vor dem 1. März 1919 abgelehnten Rentenansprüche vor den neuen Militärversorgungsgerichten nochmals zur Verhandlung kommen, wenn ein erneuter Antrag auf Gewährung von Versorgungsgebührnissen spätestens bis zum 31. Dezember 1919 von den Hinterbliebenen beim Kriegsministerium gestellt wird. Gegen einen hierauf ergehenden ablehnenden Bescheid kann Berufung beim hiesigen Militär-Versorgungsgericht eingelegt werden.

Von den anwesenden Frauen wurde ein reges Interesse für den weiteren Ausbau ihrer Vereinigung bekundet. Möge ihren Bemühungen ein segensreicher Erfolg nicht versagt bleiben.

Der 54. Bildungsabend.

* Im 54. Bildungsabend am gestrigen Montag führte Herr Dr. Bohn-Halle sein in voriger Woche begonnenes Thema über „Gesundheitspflege fort. Er behandelte diesmal die Eingeweide des menschlichen Körpers. Die Brusteingeweide bestehen aus den Atmungs-, die Baucheingeweide aus den Verdauungsorganen, die die Aufgabe haben, verschiedene Stoffe aufzunehmen und abzuscheiden. Hierbei spielen die Drüsen eine große Rolle. Sie gleichen chemischen Retorten, es gibt solche mit und ohne Ausführungsgang, sie scheiden bestimmte Sekreten aus. Näher erklärt wurden die Schilddrüse, deren Fehlen oder zu starkes Vorhandensein verschiedene Krankheiten hervorrufe; die Hypophyse oder der Gehirnanhang, der den Riesenwuchs einzelner Körperteile krankhafter Weise zur Folge haben kann; die Thymusdrüse, die in der Pubertätszeit fast vollständig verschwindet, aber sonst zu Krankheit, sogar zum Tode führt, und die Nebennieren. — Im Brustring, der wie ein Hohlraum mit dem oben umgestülpten Brustfell ausgekleidet ist, liegen die einzelnen Organe eingebettet. Herr Dr. Bohn erklärte hier die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919191126-10/fragment/page=0002
DFG

Entstehung und die Folgen der Brustfellentzündung. An einigen Zeichnungen machte er den Atmungsmechanismus der Lunge klar und erklärte den Zweck derselben, nämlich die Luft in die Lunge zu bringen zur Aufnahme des Sauerstoffs und Abscheidung der Kohlensäure. Die Oberfläche einer gesunden Lunge ist glatt, einer kranken rauh (Tuberkulose). Der Kohlenstaub und all der Staub der Großstädte vergiftet unsere Lungen, auch der Tabakrauch übt einen schädigenden Einfluß aus. Reine Luft aber brauchen wir zur gesunden Lebenserhaltung. Daher sollten wir nicht durch den Mund, sondern durch die Nase atmen, denn hier werden die kleinen Staubteilchen zurückgehalten. — Die Verdauungsorgane haben auch ihre besondere Aufgabe. Die Verdauung beginnt bereits im Munde. Hier wird die Speise durch den Kauakt zerkleinert, gelangt durch die Speiseröhre, den Magenmund in den Magensack und geht durch den Pförtner, Zwölffingerdarm, Dünn-, Dick- und Mastdarm, nachdem ihr alle wichtigen Bestandteile entzogen sind, nach außen. Auf diesem Wege kommt die Nahrung an vielen Drüsen vorbei, die verschiedene Säfte zur Verdauung absondern. So wird durch den Mundspeichel Stärke in Zucker, durch das Magenpepsin Eiweiß in Pepton verwandelt. Die Fette werden auch zersetzt, und durch das Labferment wird die Milch zum Gerinnen, d. h. zur Aussonderung des Kaseins gebracht. Es ist durchaus nicht gleichgültig, welche Speisen und Getränke wir genießen. Schließlich machte der Vortragende noch den Unterschied von Fleisch- und vegetarischer Kost klar. Er wies auch auf den Schaden von nur steriler Nahrung hin. (Kriegsernährung). Für eine gute Verdauung ist eine gründliche Bewegung Voraussetzung, Stubenhockerrei wirkt stets schädlich.

Herr Oberlehrer Hemprich dankte Herrn Dr. Bohn für seinen Vortrag und wies besonders darauf hin, daß in unserem Jugendheim „Herzog Christian" nicht geraucht wird weder in der Lesehalle, noch den Versammlungsräumen in denen es die Jugend selbst einstimmig verboten hat. Der Beethovenabend, der am 8. Dez. stattfinden sollte, muß leider auf Januar verschoben werden.

Beschaffungsbeihilfen für Offiziere und Militärbeamte.

* Entsprechend den Grundsätzen für die Zahlung einer einmaligen Beschaffungsbeihilfe an die im Dienst befindlichen Reichsbeamten kann auch den pensionierten Offizieren und Heeresbeamten und ihren Hinterbliebenen diese Beihilfe in Höhe von 50 bis 100 vom Hundert der für jene zuständigen Sätze bewilligt werden. Die Beschaffungsbeihilfe für aktive Reichsbeamte beträgt: 600 Mk. für Ledige, 1000 Mk. für Verheiratete und daneben 200 Mk für jedes zu berücksichtigende Kind.

Wer eine laufende Kriegsbeihilfe schon beantragt hat, braucht sein Gesuch nicht zu wiederholen, auch nicht, wenn es früher abgelehnt worden ist. Den Dienststellen, die die Anträge nachzuprüfen haben, erwächst dadurch eine erhebliche Arbeit. Es läßt sich daher nicht vermeiden, daß sich die Auszahlung der Beihilfen etwas verzögern wird: sie werden aber so schnell wie möglich und auf einmal angewiesen werden. Wer dagegen noch keine laufende Kriegsbeihilfe beantragt hat, tue dies sobald als möglich. (Kurzer Antrag in einfachster Form genügt!) Geht der Antrag nicht mehr in diesem Monat bei der Abwickelungs-Abteilung des Versorgungs-Departements, Berlin SW. 48, Verlängerte Hedemannstraße 10, ein, so darf die einmalige Beschaffungsbeihilfe nicht mehr bewilligt werden.

Annahme von getragener Kleidung und Schuhwerk.

Die amtliche Annahme- und Verkaufsstelle für Altleder und getragene Schuhwaren, Merseburg, Karlstraße 4 (Fernsprecher Nr. 591) hat am Mittwoch, den 26. November 1919, vormittags von 9—12 Uhr Annahmetag. Dort werden auch getragene Bekleidungs- und Wäschestücke gegen angemessene Bezahlung angenommen.

Vorläufig keine neue Verkehrssperre.

* Wie die „P. P. N." an maßgebender Stelle erfahren, sind alle Meldungen über eine neue Verkehrssperre verfrüht. Vorläufig wird noch das Material über die verflossene Verkehrssperre gesammelt, um ihre Wirkungen festzustellen. Ehe nicht das genaue Resultat dieser Untersuchung vorliegt, kann an die Einführung einer neuen Verkehrssperre nicht gedacht werden.

Die Postanschrift für die Leuna-Werke.

* Der Vorsitzende des Zweckverbandes Leuna schreibt uns:

„Die Bezeichnung „Leuna-Werke" in Briefanschriften hat wiederholt schon zu unliebsamen Verwechslungen geführt. Der Begriff Leuna-Werke ist lediglich eine postalische Bezeichnung für das Postamt Leuna-Werke, Kreis Merseburg. Das in den Gemarkungen der politischen Gemeinden Leuna, Rössen, Göhlitzsch, Daspig und Cröllwitz errichtete Tochterwerk der Badischen Anilin- und Sodafabrik Ludwigshafen a. Rh. führt den Namen Ammoniakwerk Merseburg. Ein Fabrikunternehmen mit dem Namen Leuna-Werke gibt es also nicht. Leuna-Werke ist nur eine Postamtsbezeichnung wie Postamt Halle, Postamt Merseburg usw. Wieder etwas anderes ist der Zweckverband Leuna, nämlich eine Vereinigung der politischen Gemeinden Leuna, Rössen, Göhlitzsch, Daspig und Cröllwitz zur Erfüllung gewisser kommunaler Aufgaben. Daneben besteht noch die alte politische Gemeinde Leuna.

Postanschriften haben also zu lauten: An das Ammoniakwerk Merseburg in Leuna-Werke, Kreis Merseburg, an den Vorsitzenden des Zweckverbandes Leuna in Leuna-Werke, Kreis Merseburg oder an den Amtsvorsteher für den Bezirk Spergau in Leuna-Werke, Kreis Merseburg, nachdem Letzterer gleichfalls seinen Amtssitz in Leuna-Werke hat."

Aus Kreis und Nachbarkreisen

Die Kohlennot.

** Keuschberg-Dürrenberg, 25. Nov. Die Kohlennot hat hier ihren Höhepunkt erreicht. Falls bis Dienstag Kohlen nicht eintreffen, ist die weitere Lieferung von Gas unmöglich.

Vortragsabend über Grundfragen der Erziehung.

** Schkeuditz, 24. Nov. Am Freitag fand hier ein Vortragsabend über Grundfragen der Kinder-, Jugend- und Elternerziehung statt. Bezirksjugendpfleger Oberlehrer Hemprich aus Merseburg wies in einer Begrüßungsansprache darauf hin, daß das Interesse für Erziehung trotz der Wichtigkeit gerade dieses Problems noch viel zu gering sei. Deshalb auch das geringe Weiterschreiten und Fortentwickeln. In seinem interessanten Vortrag behandelte Herr Hemprich insbesondere das Spiel, den ersten Betätigungstrieb des Kindes. Ihm folgte Fortbildungsschulleiter Höfer-Schkeuditz mit einem Referat über die Erziehung in der Fortbildungsschule. Nach kurzer Pause hielt Reallehrer Hochstraßer einen Vortrag über Kulturerziehung. An die Vorträge schloß sich eine sehr angeregte Aussprache, der erst die vorgerückte Stunde ein Ende bereitete. Für Februar ist ein weiterer Vortragsabend in Aussicht genommen.

Toten-Gedächtnisfeier.

** Mücheln, 25. Nov. Am Totensonntag fand unter Mitwirkung der Gesangvereine „Concordia" und „Liedertafel" in unserer Kirche eine würdige Gedächtnisfeier unserer gefallenen Helden statt. Die zu Herzen gehende Predigt des Herrn Superintendenten Hesekiel gipfelte in dem Auferstehungsgedanken. Als Vertreter der Stadt gedachte Herr Hauptlehrer Meitz der Gefallenen. Zum würdigen Abschluß der Feier versammelten sich Vertreter verschiedener Vereine von Mücheln im Altarraum, um durch Kranzniederlegung die gefallenen Helden zu ehren.

Für die Südlinie des Mittellandkanals.

** Halle, 25. Nov. Die Stadtverordnetenversammlung nahm gestern einstimmig eine Entschließung an, in der es heißt: „Wir treten dafür ein, daß die Südlinie des Mittellandkanals ausgebaut, daß aber gleichzeitig die Abzweigung nach der Saale beschlossen und durchgeführt wird, daß die bereits im Gesetz betreffend den Ausbau der deutschen Wasserstraßen und die Erhebung von Schiffahrtsabgaben zugesagte Verbesserung des Fahrwassers der Saale allerdings nicht für 400 Tonnen-Schiffe, sondern für Kanalschiffe, rechtzeitig zur Ausführung kommt. Im volkswirtschaftlichen Interesse Deutschland liegt es, daß alle drei für das Mitteldeutsche Industriegebiet nötigen Arbeiten gleichzeitig fertig werden."

Wettervoraussage

Mittwoch, den 26. Nov. Wolkig, mild, zeitweise Regen.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Letzte Depeschen

Eine neue Schandnote Clemenceaus.

Frankreich lehnt die Freilassung der deutschen Gefangenen rundweg ab.

Berlin, 25. Nov. (Eig. Drahtber.) Mit einer Verspätung von zehn Tagen läßt die deutsche Regierung heute eine ungeheuerliche Note veröffentlichen, die Clemenceau dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Versailles als Antwort auf die deutsche Kriegsgefangenen-Note zugestellt hat. In dieser heißt es u. a.: Die französische Regierung hat niemals etwas anderes versprochen, als die Bestimmungen des Friedensvertrages zu erfüllen. Angesichts der planmäßigen Verwüstungen aller von den Deutschen besetzten Gebiete Nordfrankreichs wird sie einer Abweichung vom Vertrag zugunsten der deutschen Gefangenen in Frankreich nicht zustimmen. Die Gefangenen werden augenblicklich gerade dazu verwendet, mit der Wiedergutmachung dieser abscheulichen Taten den Anfang zu machen. Die wüste Behandlung der Bewohner der besetzten Gebiete und die schrecklichen Kränkungen, die den in deutsche Hände gefallenen unglücklichen französischen Familien zugefügt wurden, können nicht sobald der Vergessenheit überantwortet werden. Die tiefsten Gefühle des menschlichen Herzens sind zu grausam verletzt worden, als daß eine Vergünstigung (!!), wie die von Ihnen erbetene, von der französischen öffentlichen Meinung zugestanden werhabe Schritte unternomm, daß von der deutschen Regierung den Deutschland nichts als die genaue Erfüllung der Bestimmungen des Vertrags, den es am Ende des erbarmungslosen Krieges angenommen hat, eines Krieges, den Deutschland den zivilisierten Völkern aufgezwungen hat.

Neue Instruktionen für Herrn v. Lersner

Geheimrat v. Simson kehrt nicht nach Paris zurück.

Berlin, 25. Nov. (Eig. Drahtber.) Die Reichsregierung hat gestern unter dem Vorsitz des Kanzlers sich besonders mit den Verhandlungen beschäftigt, die in Paris über das Ergänzungsprotokoll zum Friedensvertrag gepflogen wurden, aber durch die plötzliche Abreise des Herrn v. Simson nach Berlin unterbrochen worden sind. Herr v. Simson dürfte, wie in gut unterrichteten politischen Kreisen verlautet, nicht mehr nach Paris zurückkehren, wohl aber sind an den Gesandten v. Lersner neue Instruktionen geschickt worden, die eine Wiederaufnahme der unterbrochenen Verhandlungen bezwecken. Auch diese neuen Instruktionen dürften, so heißt es, der Entente beweisen, daß die deutsche Regierung den aufrichtigen Wunsch und die feste Absicht hat, ihrerseits dazu beizutragen, daß das Friedensprotokoll so schnell wie möglich errichtet werden könne. Es scheint im übrigen, daß die Frage der Entschädigung für die Scapa Flow versenkten Schiffe auch von der Entente nicht ganz unnachgiebig behandelt wird. Die traurigsten und bittersten Empfindungen ruft dagegen das Verhalten Frankreichs in bezug auf die Heimsendung unserer Kriegsgefangenen hervor.

Eine offiziöse deutsche Stimme.

Berlin, 25. Nov. Die „Deutsche Allg. Ztg." macht zur Lage folgende Angaben: Die in dem Zusatzprotokoll aufgestellten Bedingungen erschienen für Deutschland unannehmbar, und die Reichsregierung wollte, bevor sie zur Frage des Zusatzprotokolls Stellung nähme, offenbar erst die Ergebnisse der Verhandlungen in Paris abwarten. Wenn heute die Delegation zurückkehrt und damit auf einen ablehnenden Standpunkt der Franzosen geschlossen werden kann, so dürfte dieses Ergebnis angesichts des Ausfalls der Wahlen in Frankreich, die eine ausgesprochen nationalistische Tendenz verraten, keine besondere Verwunderung erregen.

Eine Ententenote zur Abreise Simsons.

Paris, 25. Nov. (Eig. Drahtber.) Der Oberste Rat beschloß, an die deutsche Delegation in Beantwortung der Note, mit der sie der Friedenskonferenz die Abreise ihrer Bevollmächtigten nach Berlin mitteilt, eine Note zu richten, die morgen veröffentlicht wird. — Der Rat beschloß auf Verlangen der polnischen Delegation, daß die deutsch-polnischen Verhandlungen in Paris stattfinden müssen. Diese beziehen sich auf die Uebergabe von verschiedenen Gebieten und auf wirtschaftliche Fragen. Die Vertreter der Großmächte entschieden, daß die Verhandlungen zwischen den polnischen Delegierten und dem Freistaate Danzig in dieser Stadt beginnen und darauf in Paris fortgesetzt werden sollen.

Die deutsche Regierung zur Auslieferungsfrage.

Berlin, 25. Nov. (Eig. Drahtber.) W. T. B. teilt mit: In der letzten Note, die der deutschen Friedensdelegation überreicht worden ist, wird behauptet, die deutsche Regierung habe sich außerstande erklärt, die durch die Unterzeichnung des Versailler Vertrages übernommene Herausgabe der Deutschen, die in ihrer amtlichen Tätigkeit Greuel begangen hätten, zu erfüllen. Mit dieser Bemerkung wird offenbar auf folgende Vorgänge angespielt: Bei Uebergabe der Note, die sich mit dem Schlußprotokoll befaßt, hat es die deutsche Regierung für notwendig gehalten, die a. und a. Regierungen auf die ungeheuren Schwierigkeiten hinzuweisen, welche in der Auslieferungsfrage für Deutschland liegen. Sie hat keineswegs die einmal übernommenen Verpflichtungen abgelehnt und hat vor allem betont, daß sie keineswegs beabsichtigt, wirklich Schuldige einer gerechten Strafe zu entziehen, wohl aber hat sie durch eine Note des auswärtigen Amtes den alliierten Regierungen Anregungen übermitteln lassen, die geeignet erscheinen, für beide Vertragsgegner Unerträglichkeiten zu vermeiden.

Moral mit doppeltem Boden.

Newyork, 25. Nov. Der Führer der Demokraten im amerikanischen Senat, Hitchcock, hat eine Erklärung abgegeben, in der er die Beschlagnahme des deutschen Privateigentums in Amerika eine willkürliche Maßnahme und eine Verletzung des internationalen Rechts nennt, zu der man kein Recht gehabt habe. Er fährt aber dann fort: Der Friedensvertrag macht dies jedoch wieder gut, indem er nachträglich alle Handlungen des Verwalters des feindlichen Eigentums rechtfertigt. Mit anderen Worten sagt der Senator: Wenn ihr den Friedensvertrag ratifiziert, so hat das für Amerika den Vorteil, etwa 1000 Millionen Dollar zu ersparen, und ihr seid nachträglich vertragsgemäß als anständige, ehrliche Menschen rehabilitiert. Aber selbst diese lockende Aussicht hat, wie man weiß, die Mehrheit des Senats nicht dazu vermocht, den Friedensvertrag gutzuheißen.

Der Rücktransport aus dem Baltikum gesichert!

Vereinbarungen mit Litauen und der Ententekommission.

Berlin, 25. Nov. (Eig. Drahtber.) W. T. B. meldet: Nachdem nach der gestrigen Meldung über den Rücktransport der ehemals reichsdeutschen Truppen aus dem Baltikum durch Angriffe lettischer und litauischer Truppen und Banden eine gewisse Panik entstanden war, scheint es dem Zusammenarbeiten der Ententekommission mit der litauischen Regierung und dem Admiral Hopmann geglückt zu sein, eine Entspannung der Lage herbeizuführen und den Rücktransport zu sichern. Wie aus Schaulen und Kowno übereinstimmend gedrahtet wird, haben sich die Litauer verpflichtet, die Demarkationslinie nicht mehr zu überschreiten. Die Ententekommission ist damit einverstanden, daß bei weiterer Behinderung des Abtransportes von seiten der litauischen Bevölkerung und disziplinloser Truppen der Bahnschutz zwecks Rückführung der ehemals reichsdeutschen Truppen deutscherseits übernommen wird.

Vom russischen Kriegsschauplatz.

Amsterdam, 25. Nov. (Eig. Drahtber.) Dem „Telegraaf" zufolge teilt das englische Kriegsamt mit, daß die Bolschewisten, die in dem Gebiet zwischen dem Don und der Wolga auf heftigen Widerstand gestoßen sind, gegenüber den Truppen Denikins noch immer Fortschritte machen. Im Westen sind die ostgalizischen Truppen, die unter Petljura kämpften, in Stärke von 15 000 Mann zu Denikin übergegangen.

Die deutsche Hilfe für Oesterreich.

Berlin, 25. Nov. (Eig. Drahtber.) Der vor einiger Zeit bereits gebildete deutsch-österreichische Ausschuß der Nationalversammlung, dem Mitglieder sämtlicher Fraktionen angehören, hat heute vormittag unter dem Vorsitz des Präsidenten Fehrenbach und im Beisein des deutschösterreichischen Gesandten Prof. Hartmann sowie des Reichswirtschaftsministers Schmidt über die Hilfeleistung an Deutsch-Oesterreich beraten, nachdem bereits gestern Besprechungen im Ausschuß selbst vorangegangen waren. Es werden dem Kabinett seitens des Ausschusses Vorschläge gemacht, über deren Durchführbarkeit der Minister gehört worden ist. Man wird sich auch darüber schlüssig machen, ob man, wenn das Reich von sich aus mit Lebensmitteln nicht helfen kann, eine private Aktion in die Wege leiten wird. Dagegen dürfte die Regierung jedenfalls in der Lage sein, eine gewisse finanzielle Hilfe an Deutsch-Oesterreich zu gewähren.

Die Kohlennot im besetzten Gebiet.

Aachen, 25. Nov. Zwischen dem belgischen General Michel und den Industriellen aus dem besetzten Gebiet fand hier eine Konferenz über die Ursachen der Kohlennot im besetzten Gebiet statt. General Michel erklärte, er habe Unterlagen, daß das Kohlensyndikat monatlich 150 000 Tonnen Kohle nach Holland liefere, anstatt 50 000 Tonnen. Die 100 000 Tonnen, die Holland mehr erhalte, könnten im besetzten Gebiet sehr gut gebraucht werden. Er habe Schritte unternommen, daß von der deutschen Regierung diese Ausfuhr verboten würde.

Eine baldige amtliche Aufklärung des Sachverhalts erscheint dringend geboten.

Das Betriebsrätegesetz vor der Entscheidung.

Berlin, 25. Nov. Laut „Voss. Ztg." ist die Sitzung des Betriebsräteausschusses der Nationalversammlung, in der die Abstimmung über die Vertretung im Aufsichtsrat erfolgen soll, auf Mittwoch vertagt worden. Die Verhandlungen zwischen den Mehrheitsparteien werden fortgesetzt. Die demokratische Fraktion hat gestern abend eingehend ihre Stellungnahme zu dem Betriebsrätegesetz im Zusammenhang mit der gesamten innerpolitischen Lage erörtert. Ein Beschluß ist noch nicht gefaßt worden.

Die Stromversorgung Berlins nicht gefährdet.

Berlin, 25. Nov. (Eig. Drahtber.) Nach einer Auskunft, die wir von den städtischen Elektrizitätswerken erhalten, ist auch heute die Versorgung Berlins noch nicht in Frage gestellt, denn die Fernkraftwerke in Bitterfeld, von denen die Stromversorgung Berlins abhängt, sind von den Teilstreiks im Werke Elektron 1 nicht unmittelbar betroffen.

Fortgesetzte Unruhen in Aegypten.

Amsterdam, 25. Nov. (Eig. Drahtber.) „Times" melden aus Kairo, daß die Unruhen in Aegypten fortdauern. In Alexandrien fanden große Kundgebungen statt; es kam zu einem Zusammenstoß mit der Polizei. Bei den Unruhen in Kairo am Sonntag betrug die Zahl der Opfer unter der Bevölkerung 84, darunter 7 Tote.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919191126-10/fragment/page=0003

Dank!

Für die uns in so überaus reichem Maße erwiesene Anteilnahme, sowie die vielen besonderen Ehrungen beim Heimgange unserer lieben Entschlafenen sagen wir hierdurch unsern herzlichsten Dank.

Merseburg, den 24. November 1919.

Otto Hühnerbein und Kinder.

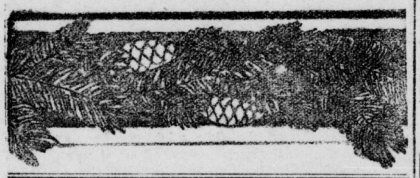
IHR

WEIHNACHTSGESCHÄFT

:: WIRD EIN GUTES ::
WENN SIE IHRE WEIHNACHTSARTIKEL UNSEREM AUSGEDEHNTEN KAUFKRÄFTIGEN LESERKREIS DURCH INSERTION IM

MERSEBURGER TAGEBLATT

:: ANBIETEN. ::



Kaufe

nur Donnerstag, den 27. Novbr. in Merseburg von 10—1 und 2—4 Uhr im »Hotel zur Sonne«, Zimmer in der 1. Etage ist angeschrieben, **alte, auch zerbrochene**

Gebisse Zahn bis 20 Mk.

Zahn für den gewöhnlichen Platinzahn **1—4 Mk.**, Stiftzähne **3—7 Mk.**, Plattenzähne bis **20 Mk.**, Gebisse bis **200 Mk.** Brennstifte zu hohen Preisen.

Hoffloöfer mit Brut

vernichtet verblüffend

Goldgnist

Hochfach stark, geruchlos mit Kopfwasch-Tabletten
Flasche für 1 Person Mark 2,75, für 2—3 Personen Mark 4,50, nur in rotgelber Packung in Apotheken und Drogerien.

Pferde-Verkauf.

		Mark
2	br. Oldenburger	17,500
2	„ „	16,800
2	Oldenburger Rappen	17,500
2	„ „	15,500
2	br. Oldenburger	12,500
2	Belgier-Rotschimmel und Braun, 1,80 m hoch, 7 Jahr alt	14,500
2	br. Belgier 7 Jahr	15,000
2	belgische Rotschimmel	12,000
1	„ „	4,500
1	br. Belgier	7,500
1	br. Däne	3,200
1	„ „	3,000

Auswahl von 30 Stück.

Sämtliche Pferde befinden sich in guten Kernfutterzustande, sind an schwerste Arbeit gewöhnt und werden mit schriftlicher Garantie verkauft.

Ehregott Bernhardt, Pferde- u. Fuhrgeschäft Leipzig-Eutritzsch (am Markt), Bünaustraße 3. Fernspr. 7313.

Eilt! Weihnachtswunsch Eilt!

ein Volltreffer d. bekannten großen

RoteKreuz Geld-Lotterie

17881 Gewinne sämtlich bar Geld

Ziehung am 5., 6., 8., 9. und 10. Dezember 1919

Gew.-Kapt. **600000** Mk

Hauptgewinne **100000** Mk.
50000 „
30000 „
20000 „
10000 „ usw.

Originallose versendet in jeder Anzahl zum Preise von Mk. 3.50 incl. Liste, welche jedem Besteller noch zu Weihnachten zugesandt wird, gegen Voreinsendung, auf Wunsch auch gegen Nachnahme.

Der Generalvertrieb

E. F. Matthews, Hamburg 21

Angebot.

Speisezimmer
Herrenzimmer
Damenzimmer
Schlafzimmer
Küchen

Zirka 150 Zimmer in einfacher bis ganz feiner Ausführung;

Möbelfabrik

Albert Martick Nachf.
Inh. Richard Ziemer
Halle S., Alter Markt 2

Nähmaschinen

werden schnell u. gut repariert bei L. Albrecht, Hallesche Str. 19b.

Verein für Feuerbestattung. E. V. Merseburg.

Mittwoch, den 26. November, 7½ Uhr abends, im großen Tivolisaale:

Oeffentliche Versammlung mit Lichtbildervortrag

Dr. phil. Witte: „Feuerbestattung und Entwicklungsgedanke" mit besonderer Berücksichtigung von „Kommunalfriedhof mit Krematorium". — Eintritt frei für Jedermann. —

Casino.

Donnerstag u. Freitag, den 27. u. 28. Novbr. abends 7 Uhr:

Zwei große humorist. Gastspielabende

der berühmten

Leipziger Seidel-Sänger

Dir. ARTHUR SEIDEL. — Gegr. 1888
Der beliebte Altmeister des sächsischen Volkshumors.

Ein glänzendes neues Schlagerprogramm.

u. a.: **Das berühmte S. S. S.-Trio:** Arthur Seidel sen., Willy Seidel und Arthur Seidel jun. — In der Neuheit: **„Der Fox-Trott-Himmel."**

Die beiden großen Einakter:

„Der Bankrott" und **„Die Folgen der Eifersucht."**

Posse mit Gesang.

Dazu der reichhaltige bunte Teil mit:

— **„Die Revolution im Himmel."** —

Vorverkaufskarten: Sperrsitz ℳ 2.50, Num. Platz ℳ 2.—, 2. Platz ℳ 1.50 (inkl. Billetsteuer) im Zigarrengeschäft von E. Frahnert, Kl. Ritterstr. u. im Casino zu haben.

Kinder- u. Mädchen-Mäntel

aus Tuchstoffen, Plüsch und Astrachan

Knaben-Pyjacks, -Paletot, -Ulster

in allen Größen und vielen Qualitäten zu sehr billigen Preisen vorrätig bei

OTTO DOBKOWITZ.

Felle!!

Kanin bis 6 Mark
Hasen „ 6 „
Ziegen „ 90 „
Füchse, Marder und Iltisse kauft und zahlt die Höchstpreise

Moor-Leipzig

Brühl 21. — Telephon 10 359.

Rhostikon

Bestes Mittel gegen Gicht, Rheumatismus, Blutarmut, Appetitlosigkeit und alle Schwächen und Krankheiten des Blutes. Zu haben in der Dom- und Stadtapotheke in Merseburg.

Echt dän.

Kautabak

eingetroffen!

Albert Schulz

Merseburg, Halleschestr. 71

Fernruf 336

wieder geöffnet.

Jackett-Anzüge

auch für Burschen und Knaben Joppen, Hosen, Ueberzieher, neue Ulster, Gummimäntel, grosse Auswahl in Arbeitssachen, Gesellschaftsanzüge auch leihweise, Gelegenheitskäufe in Trikotagen, Hemden, Unterhosen, Schuhwaren u. Pelzsachen, Hand- u. Reisekoffer. **Gebr. Cohn, Leipzig,** Nikolaistrasse 8 1.

Ausgekämmtes

Damenhaar

kauft höchstzahlend **Alfr. Kluge,** Bahnhofstr. 8

Vertreter

für landwirtschaftliche Artikel

sofort gesucht bei hohem Verdienst und Spesen. Offerten mit Rückporto an **Max Kuhn,** Bezirksdirektion, **Halle a. S.,** Mansfelderstraße 29.

Weihnachtsbitte für die Reinstedter Anstalten.

Wir wollen nicht verzagen in dieser schweren Zeit,
Die Liebe half uns tragen stets unsre Not und Leid,
Den vielen hundert Armen neigt sie sich voll Erbarmen,
Und füllet uns die Hände zur lieben Weihnachtszeit.

Das ist unser Vertrauen auch in diesem Jahr. Zu unseren Anstalten müssen wir für über 1000 Menschen das Brot in dieser teuren Zeit schaffen. Viele von ihnen sind epileptisch, andere geistesschwach, siech und gebrechlich, arm und verlassen. Eine große Schar von armen und kranken Kindern wartet auf Hilfe. Sie warten nicht vergeblich. Diese Gewißheit haben wir zu der Liebe derer, die diese Bitte lesen. (Postscheckkonto: Direktion der Reinstedter Anstalten, Reinstedt, Berlin N. W. 7 Nr. 33052). Auch Kleidungsstücke und Wäsche nimmt dankbar an

Pastor Steinwachs, Reinstedt, Kr. Quedlinburg

Stadttheater Halle

Mittwoch, abends 7½ Uhr: 3. Veranstaltg. im Pfitzner-Zyklus (Erstaufführung): **Das Christelflein.**
Donnerstag, abds. 7½ Uhr: 4. Veranstaltung im Pfitzner-Zyklus: **Orchester-Konzert.**

Ballspielverein Hohenzollern, Merseburg. (Gegründet 1899)

Mittwoch, abends 8 Uhr im „Casino":

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.

Laut Versammlungsbeschluß sind sämtl. Akt.-Mitglieder verpflichtet zu erscheinen. Besonders wichtige Tagesordnung.

Der Vorstand.

Hautcrême Parfümerien

in grosser Auswahl, auch garantiert reines Glycerin erhält man nur

Kaiser-Drogerie
Johannes Marold.

Gebr. Bethmann

Werkstätten für Wohnungskunst
Halle a. d. S.
Große Steinstraße 79-80.

Küchen in großer Auswahl.

Pflaumentreber,

vorzügliches Schweinefutter, auch in kleinen Posten haben abzugeben

Gross & Co., G. m. b. H.
Luisenstraße.

Grünkohl

in großen u. kleinen Mengen gibt ab

Trebst, Gärtnerei,
Vorderstraße.

Wo ist eine

Stellmacherei

zu verkaufen, oder günstige Gelegenheit, eine solche einzurichten? Gefl. Offerten mit Näherem an die Expd. d. Bl.

Ich nehme für Ostern 1920 noch einige

Maurerlehrlinge

an. **C. Günther**
Maurermstr., Friedrichstr. 36.

Zuverlässige saubere

Aufwartung

für einige Vormittagsstunden gesucht. Zu erfragen in der Expedition dieser Zeitung.

Sofort greifbar!

Jauchefässer, Jauchepumpen, Düngermühlen, Düngerstreuer, Gabelrübenheber, Kartoffelroder, Kartoffelwäschen, Kartoffelschälmaschinen, Ackerwalzen, Eggen.

Dampf- und Motor-Dreschmaschinen

Obstpressen, Häckselmaschinen, **Drillmaschinen**

Schrotmühlen

für Hand- und Motorbetrieb.

SCHMIDT & SPIEGEL
HALLE A. S.,
Fabrik landwirtschaftl. Maschinen
Telephon 6212.

Redaktion Politik, Oertl. und prov. Teil: Hanns Loß, Sport: M. Hochheimer, Anzeigen: H. Balz.
Druck und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt L. Balz, sämtlich in Merseburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919191126-10/fragment/page=0004

Beilage zu Nr. 267 des Merseburger Tageblattes
Kreisblatt.
Mittwoch, den 26. November 1919.

Politische Rundschau

Abbau der Reichswehr.

Wie unser Berliner Vertreter erfährt, hat das Reichswehrministerium nach wie vor die Absicht, einen planmäßigen Abbau der Reichswehr bei den kommenden Besprechungen in Vorschlag zu bringen.

Ein Gymnasiasten-Ultimatum an Noske.

Bei dem Reichswehrminister ist der folgende Brief eingegangen: „Sehr geehrter Herr! Hierdurch stellen wir Ihnen anheim, innerhalb dreier Tage in der Zeitung bekanntzugeben, daß die über „Exzellenz von Lützow“ verhängte Arreststrafe für ungültig und er begnadigt erklärt ist, widrigenfalls wir gezwungen wären, unverzüglich in einen Schülerstreik zu treten. Wir hoffen jedoch, daß sie unserer bescheidenen Bitte Folge leisten werden, und zeichnen ganz ergebenst als der Oberste Schülerrat der vereinigten Gymnasien von Berlin. W. Herbert v. Felde, Kurt Boelke, Erich v. Katinsky.“

Das Wolffsche Bureau verbreitet diese Nachricht unter der Ueberschrift „Lausbuben“. Dieser dem bajuvarischen Sprachschatz entnommene Ausdruck läßt entschieden auf eine gewisse Gereiztheit und auf einen betrüblichen Mangel an Humor schließen. Im übrigen: Es war doch wohl Herr Adolf Hoffmann, Kultusminister heiteren Angedenkens (nicht etwa ein heimtückischer Deutschnationaler), der die Welt mit der Einrichtung der Schülerräte beglücken wollte. „Die ich rief, die Geister . . .“

Zustimmungen an Helfferich.

Dem Staatsminister Helfferich sind aus allen Teilen des Reiches zahlreiche Briefe und Telegramme zugegangen, die ihm die Zustimmung zu seinem Verhalten vor dem Untersuchungsausschuß kundgeben. Wie die „Kreuzztg.“ mitteilt, haben sich einige Telegraphenämter für befugt erachtet, auf eigene Faust sich an den für Helfferich bestimmten Telegrammen die Zensur anzumaßen. So wurde von den Telegraphenämtern in Elberfeld, Köln und Berlin-Dahlem die Absendung von Telegrammen an Helfferich, in denen die Zustimmung zu seinem Auftreten ausgesprochen wurde, verweigert.

Das Wohlfahrtsministerium.

Durch Beschluß der preußischen Staatsregierung ist mit Wirkung vom 1. November 1919 die Zuständigkeit des neugebildeten Ministeriums für Volkswohlfahrt jetzt endgültig festgelegt worden. Die umfassende, bisher von fünf verschiedenen Ministerien wahrgenommene Zuständigkeit des neuen Ministeriums regelt sich in den drei Abteilungen: 1. für Volksgesundheit, 2. für Wohn- und Siedlungswesen, 3. für Jugendwohlfahrt und allgemeine Fürsorge. — Die Geschäfte des Reichskommissars für das Wohnungswesen bleiben von der Zuständigkeit des Wohlfahrtsministeriums unberührt.

Die Kriegsgesellschaften.

Der Reichswirtschaftsminister hat sich dem Beschluß der Nationalversammlung entsprechend zur Bildung einer Kommission bereit erklärt, deren Aufgabe es sein soll, das Geschäftsgebaren der Kriegsgesellschaften zu prüfen sowie die wirtschaftlichen und finanziellen Ergebnisse ihrer Tätigkeit und die Verwendung ihrer finanziellen Erträgnisse festzustellen, endlich, soweit noch erforderlich, die Frage der Liquidierung der Gesellschaften zu begutachten. Er schlägt vor, die Kommission aus 14 Mitgliedern der Nationalversammlung und des Reichsrats und aus 7 Mitgliedern der Reichsregierung zusammenzusetzen.

Die Luxussteuer.

Der Ausschuß der Nationalversammlung für die Umsatzsteuer hat am Sonnabend die erste Lesung beendet. Für die Besteuerung der Luxusgegenstände ist ein besonderer Unterausschuß eingesetzt gewesen, der eine Steuer von 10 v. H. vorgeschlagen hat, die vom Hersteller zu entrichten ist. Als Luxusgegenstände werden aufgezählt: Edelmetalle, Edelsteine, Schmucksachen; Pelzwerk, Schönheitsmittel, Kunstdrucke, Bildwerke, Klaviere und Musikinstrumente. Von Luxusgegenständen, die nicht vom Hersteller versteuert werden können, soll eine Steuer von 15 v. H. erhoben werden. Dazu gehören Originalkunstwerke, Antiquitäten usw.

580 Prozent Kommunalsteuer.

Die Stadt Thorn will, um einem fürs laufende Verwaltungsjahr drohenden Fehlbetrage von 1¼ Million Mark zu steuern; vom 1. Oktober ab die Zuschläge von 330 auf 580 Prozent der Staatseinkommensteuer und von 300 auf 500 Prozent der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer steigern.

Parteitag der Unabhängigen.

Wie unser Berliner Vertreter aus Parteikreisen hört, wird der Parteitag der Unabhängigen die Stellung der Partei zum Rätesystem festlegen. Von vielen Seiten ist eine Reihe von Anträgen eingelaufen, die das Schwergewicht der unabhängigen Kampftaktik auf die Rätefrage legen wollen. Außerdem soll die Haltung der Partei zu allen Parlamenten und den Gewerkschaften revidiert werden. In eingeweihten Kreisen ist man der Ansicht, daß nach dem Tode Haases die Partei in das Fahrwasser des linken Flügels der Unabhängigen, der den Kommunisten sehr nahesteht, segeln wird.

Das Martyrum der Gefangenschaft.

Dieser Tage kamen auf dem Nürnberger Hauptbahnhofe 38 Oesterreicher durch, die vor dem Kriege in Kanada ansässig und dort bei Kriegsausbruch interniert worden waren. Von den 38 Heimkehrern waren 29 unter den Martern der Gefangenschaft geisteskrank geworden, darunter acht in dem Maße, daß nach den Mitgeführten Zetteln über ihre Persönlichkeit keinerlei Anhaltspunkte vorhanden sind. Auch unter den anderen Gefangenen herrschen schwere Erkrankungen.

Französische „Sühne“.

Seinerzeit wurde der Kaufmann Moebs in Kaiserslautern von dem französischen Korporal Casset erschossen. Moebs hatte über zwei sogenannte „Damen“, die sich in Begleitung französischer Soldaten befanden, eine absprechende Bemerkung gemacht, weshalb eine derselben ihn ins Gesicht schlug. Als Moebs sich zur Wehr setzte, fielen die französischen Soldaten über ihn her und mißhandelten ihn schwer. Der Korporal Casset, mit dem Moebs nicht das geringste zu tun hatte, schoß dem Wehrlosen und auf dem Boden Liegenden eine Kugel durch den Kopf. Der Mörder wurde gestern von dem französischen Kriegsgericht freigesprochen.

In der letzten Sitzung des Kriegsgerichtes der 10. französischen Armee wurden die beiden französischen Soldaten Renne und Bertram, die am 19. Oktober d. Js. in Weyher sinnlos mit ihren Dienstgewehren um sich geschossen hatten, wobei die 50 Jahre alte Katharine Graf erschossen wurde, mit 3 bezw. 5 Jahren Gefängnis bestraft. Der Angeklagevertreter hatte die Todesstrafe beantragt. Das war also die ganze Sühne für eine Mordtat, die in der Pfalz ungeheure Erregung hervorgerufen hatte.

Deutsche Nationalversammlung.

In der gestrigen Sitzung wurde die zweite Beratung des Entwurfs einer

Reichsabgabenordnung

fortgesetzt. — Beim dritten Abschnitt „Finanzämter“ spricht Abg. **Brodauf** (Dem.) über die Uebertragung von Steuergeschäften an die Gemeindesteuerämter. Die Heranziehung der geübten Gemeindesteuerbeamten zur Reichssteuerverwaltung sei erwünscht.

Unterstaatssekretär **Moesle**: Wieweit die Gemeindesteuerbeamten zum Reichsdienst herangezogen werden, läßt sich noch nicht übersehen. Natürlich wird auf die geschulten Kräfte zurückgegriffen werden.

Eine große Reihe von Paragraphen wird in der Ausschußfassung mit unwesentlichen Abänderungen ohne erhebliche Debatte angenommen.

Zu § 172 wird ein Antrag Düringer (Dn.) angenommen, wonach dem Steuerpflichtigen bei seiner Vorladung vor dem Finanzamt schriftlich die Punkte mitzuteilen sind, über die er sich äußern soll.

§ 175 wird in der Ausschußfassung angenommen, ebenso § 5 nach Ablehnung der Abänderungs- und Streichungsanträge.

Zu § 11 wird ein Abänderungsantrag Löbe und Burlage angenommen, wonach die Abgrenzung der Bezirke der Landesfinanzämter durch Reichsgesetz bis spätestens zum 1. April 1921 zu geschehen hat.

Dem § 14 wird auf Antrag Katzenstein (Soz.) ein Absatz hinzugefügt, der die Richter des Finanzgerichts für ihre dienstlichen Bestrafungen u. a. den Mitgliedern des Reichsfinanzhofes gleichstellt.

§ 194 bestimmt: „Wer Erzeugnisse, die nach den Verbrauchsabgabengesetzen zu versteuern sind, gewinnen oder herstellen will, hat dies dem Finanzamt anzumelden.“ Der Antrag Kunnickel (Soz.), zu sagen: „Wer Gegenstände gewinnen, herstellen oder umsetzen will, an deren Gewinnung, Herstellung oder Umsatz eine Steuerpflicht geknüpft ist, hat dies usw.“, wird angenommen.

Zu § 210 wird ein Antrag Burlage angenommen, wonach die Vorschriften des Absatzes 3 des § 210 (Beschwerde gegen Steuerschätzungen) nicht gelten für den Fall der Verweigerung einer Versicherung an Eidesstatt.

In § 212 wird bestimmt, daß Neuveranlagungen zulässig sind, wenn die Nachprüfung eine eigene Veranlagung rechtfertigt, auch bei der Erbschaftssteuer. Der Ausschuß hatte die Erbschaftssteuer davon ausgenommen. Abg. Simon-Schwaben (Soz.) beantragt, die Regierungsvorlage wiederherzustellen. Die Abgg. Schneider-Franken (Ztr.) und Ludewig (Dem.) sprechen gegen, Abg. Katzenstein (Soz.) für den Antrag, der angenommen wird.

Abg. Dr. Taucher (Ztr.) beantragt die Einfügung eines § 355a, wonach straffrei bleibt, wer in unverschuldetem Irrtum über das Bestehen oder die Anwendbarkeit steuerrechtlicher Vorschriften die Tat für erlaubt gehalten hat. Abg. Dr. Siehr (Dem.) stimmt dem Antrage zu. Abg. Dr. Braun-Franken (Soz.) beantragt zu diesem Antrag einen Zusatz, der den Antrag nach drei Jahren außer Kraft treten lassen will. Abg. Dr. Graf zu Dohna (D. Vpt.) tritt für den Antrag Taucher ein, ist aber gegen eine zeitliche Beschränkung der Klausel. Der Antrag Taucher wird angenommen, der Antrag Braun abgelehnt.

Ohne erhebliche Abänderungen wird nach den Beschlüssen des Ausschusses der Rest des Gesetzes angenommen.

Nächste Sitzung Dienstag: Anfragen und kleinere Vorlagen.

Aus Stadt und Umgebung

Zum deutschnationalen Parteitag in Halle.

* Auf dem Landesparteitag der Deutschnationalen Volkspartei am 26. d. Mts. in Halle, wird Universitätsprofessor Dr. Hoetzsch, Mitglied der preußischen Landesversammlung, über die auswärtige Politik sprechen. Professor Hoetzsch gilt als einer der besten Kenner der Ost-Europäischen Politik, er ist auch vom Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung als Sachverständiger hinzugezogen worden. Auf Grund seiner langen Beziehungen zu allen diplomatischen Kreisen erwartet man den Vortrag des Abgeordneten Professor Hoetzsch mit besonderer Spannung.

Deutscher Bankbeamten-Verein.

* Die am hiesigen Orte tätigen Mitglieder des Deutschen Bankbeamten-Vereins E. V., Berlin, haben sich zu einer

Im Dunkel.

Roman von Reinhold Ortmann.

(Nachdruck verboten.)

9)

„Gewiß! Soweit es sich um die Aufklärung von meines Bruders Schicksal handelt, werde ich immer zu Ihrer Verfügung stehen.“

Hubert verbeugte sich dankend. Dann verabschiedete er sich von Mrs. Longwood, die ein wenig enttäuscht schien, daß dieser Detektiv, auf den sie offenbar große Hoffnungen gesetzt, sich mit einigen belanglosen Fragen begnügt hatte, und er wollte sich auch dem Italiener mit leichtem Neigen des Hauptes empfehlen, als Dalbelli mit geschmeidiger Artigkeit sagte:

„Wenn es Ihnen nichts verschlägt, gehe ich ein Stück Weges mit Ihnen, Herr von Lexow! Es war ohnehin meine Absicht, mich für einige Stunden bei den Damen zu beurlauben.“

Wenige Minuten später befanden sich die beiden Männer drunten auf der Straße, und Dalbelli gab schon durch die ersten Worte der Unterhaltung zu erkennen, daß er nicht ohne triftigen Grund gewünscht hatte, den Detektiv unter vier Augen zu sprechen.

„Ich bin Ihnen noch eine Art Rechtfertigung schuldig, mein Herr,“ sagte er, „eine Erklärung, die ich Ihnen nicht wohl oben im Beisein der Damen abgeben konnte. Es mag Sie mit Recht befremdet haben, daß ich anfänglich geneigt schien, Ihren so freundlich angebotenen Beistand zurückzuweisen, aber es geschah aus einem Anlaß, der mit Ihrer Person nichts zu schaffen hat.“

„Daran habe ich von vornherein nicht gezweifelt. Und es ist selbstverständlich, Herr Dalbelli, daß Sie mir über Ihre Beweggründe keinerlei Rechenschaft schuldig sind.“

„Nein. Aber ich wünsche auch nicht, meine Handlungsweise mißverstanden zu sehen. Was mich bestimmte, war lediglich die Rücksicht auf die beklagenswerten Angehörigen des verschwundenen Dr. Brüning. Von seiner jungen Frau, deren Zustand geradezu besorgniserregend ist, will ich gar nicht erst sprechen, auch nicht von Mrs. Longwood, der die Sache doch wohl schließlich nur um ihres Kindes willen so nahe geht. Aber Miß Brüning! Die bewundernswürdige Haltung, die die Dame soeben gezeigt hat, darf Sie nicht über ihre wirkliche Gemütsverfassung täuschen. Ich weiß von Mrs. Longwood, daß die Tiefe ihres Schmerzes eine ganz außerordentliche ist, und daß sie, sobald sie sich unbeobachtet glaubt, den schrecklichsten Verzweiflungsanfällen preisgegeben ist. Die Pflichten gegen die Lebenden aber scheinen mir bei aller Freundschaft für den armen Doktor denn doch höher zu stehen, als die gegen einen Toten.“

„Sie sind also fest überzeugt, daß Dr. Arnold Brüning tot ist?“

Dalbelli bejahte unbedenklich und mit der größten Entschiedenheit.

„Es hieße an die Möglichkeit eines Wunders glauben, wenn man etwas anderes annehmen wollte. Und die Sache ist für mich auch gar nicht so über die Maßen rätselhaft, wie für die von ihrer Liebe zu dem Doktor verblendeten Frauen. Man hat auf ihre Versicherungen hin in den Zeitungen geschrieben, der Verschwundene sei ein kerngesunder und geistig völlig normaler Mensch gewesen. Und um die Empfindungen von Gattin und Schwester zu schonen, habe ich dem nicht widersprochen. In Wirklichkeit aber war es mit der geistigen Gesundheit des Doktors nicht gar so gut bestellt. Er klagte mir gegenüber wiederholt über peinigende Kopfschmerzen und über gelegentliche Angstzustände, die ihn zu ganz törichten Handlungen bestimmten. Noch wenige Tage vor seiner Hochzeit sprach er mir in einem Augenblick tiefer Mutlosigkeit und Niedergeschlagenheit ganz offen die Befürchtung aus, daß er eines Tages den Verstand verlieren könnte.“

„Und davon haben Sie bisher niemandem Mitteilung gemacht — auch nicht der Polizei?“

„Weshalb hätte ich es tun sollen? Die Nachforschungen nach seinem Verbleib wären dadurch doch nicht im mindesten erleichtert worden; für seine Frau und seine Schwester aber würde der Vorfall dadurch nur in eine noch schrecklichere Beleuchtung gerückt worden sein. Mein Freund hatte mir damals das Versprechen abgenommen, keinem Menschen von seinen Besorgnissen zu verraten. Und Sie sind tatsächlich der erste, dem gegenüber ich meinem Versprechen untreu werde. Ich tue es, um Ihnen damit einen Beweis meines rückhaltlosen Vertrauens zu geben und zugleich in der sicheren Erwartung, daß Sie aus Gründen der Pietät nun auch Ihrerseits unverbrüchliches Stillschweigen bewahren werden. Wenn man eines Tages Dr. Brünings Leiche finden wird — und es ist ja absolut sicher, daß man sie findet — so mag man immerhin glauben, er sei einem Unglück oder einem Verbrechen zum Opfer gefallen. Das wird für seine Angehörigen immer noch weniger schmerzlich sein, als die Vorstellung eines in geistiger Umnachtung verübten Selbstmordes, dem vielleicht die fürchterlichsten seelischen Kämpfe und Leiden voraufgegangen sind.“

Ein so überzeugender Klang von warmer und herzlicher Teilnahme war in seiner Rede, daß Hubert wohl überrascht sein mußte, in diesem Manne mit den scharfen, herrischen, in manchen Augenblicken beinahe brutalen Zügen einem so fein ausgebildeten Zartgefühl zu begegnen. Sein Beruf mußte ihn wahrhaftig bereits in hohem Maße gegen Gemütsbewegungen abgehärtet haben, daß er imstande war, mit einer beinahe geschäftsmäßigen Kühle zu antworten:

„Ich weiß nicht, ob Sie recht getan haben, einen so wichtigen Umstand für sich zu behalten. Zum mindesten würden Sie der Polizei damit viel unnütze Arbeit erspart haben. Es ist also nach Ihrer Ueberzeugung sicher, daß Dr. Brüning Selbstmord verübt hat?“

„Unbedingt sicher, Herr von Lexow! Ich erkläre mir den Hergang einfach so, daß Brüning, der sich Fremden gegenüber sehr zu beherrschen wußte, während der Besprechung mit dem Rechtsanwalt wieder von einem jener krankhaften Angstzustände befallen worden ist, und daß er aus diesem Grunde, nicht aus Sehnsucht nach seiner Frau, die er vor kaum einer halben Stunde verlassen hatte, die Konferenz so unvermittelt abbrach. Der Anfall ist wahrscheinlich diesmal stärker aufgetreten als je zuvor und hat ihn schließlich aller klaren Ueberlegung beraubt. Statt in das Boardinghouse zurückzukehren, mag er erst eine Weile planlos umhergeirrt sein, um endlich ganz und gar von der Vorstellung hingenommen zu werden, daß er rettungslos dem Wahnsinn verfallen sei. Daß er in solchem Fall nicht zögern würde, seinem Leben freiwillig ein Ziel zu setzen, hatte er mir bei der erwähnten Gelegenheit unumwunden ausgesprochen. Er mußte eben als Arzt, ein wie trauriges Los ihm bei dem Fortschreiten seiner Krankheit bevorstand, und es ist sehr begreiflich, daß er seiner jungen Frau lieber einen einzigen großen Schmerz zufügen als sie durch den Anblick eines hoffnungslosen Siechtums jahrelang gemartert sehen wollte.“

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919191126-10/fragment/page=0005

Ortsgruppe unter dem Namen Deutscher Bankbeamten-Verein, Ortsgruppe Merseburg zusammengeschlossen. Sie hat z. Zt. 27 Mitglieder. In den Vorstand sind gewählt worden: H. Bleßmann i. H. Sächsische Provinzialbank, Vorsitzender, E. Klietz, i. H. Sächsische Provinzialbank, Schriftführer, W. Strehl, Kassierer der Mitteldeutschen Privatbank, Zweigniederlassung Merseburg, Kassierer, Prokurist Studders i. H., Friedr. Schultze, Beisitzer, Fr. Döchert, bei der Bad. Anilin- und Sodafebrik Ammoniakwerk Merseburg, Beisitzer.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten.

* Nachdem uns der Vorsitzende des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten das Konzept der auf dem Friedhof aus Anlaß der Denksteinenthüllung am Totensonntag gehaltenen Ansprache vorgelegt hat und uns von einwandfreier Seite versichert ist, daß die Ansprache durchaus dem Konzept entsprach, nehmen wir keinen Anstand zu erklären, daß ihr Inhalt in keiner Weise als dem Anlaß und dem Orte unangemessen bezeichnet werden kann. Wir können es demnach auch nicht verstehen, daß uns dieselbe als eine Hetzrede hat bezeichnet werden können. In Anerkennung des Tatbestandes bedauern wir, uns zum Sprachrohr einer augenscheinlich mißverständlichen Auffassung gemacht zu haben.

Entlassungen und Kündigungen.

Eine sozial-politische Plauderei von Erich Rudolph (G. D. A.). Mitglied der Demobilmachungsausschüsse für die Stadt Halle und den Saalkreis.

Der 15. November, einer der vier laut Ortstarif zulässigen Kündigungstermine ist vorüber. Wenn am 15. August noch keine Kündigungen als Begleiterscheinung des Tarifes vorgenommen sind, so dürfte der 15. November eine große Anzahl gebracht haben.

Es wird daher für jeden Angestellten von Interesse sein zu wissen, welche Sicherungen ihm die Regierung gegen drohende Erwerbslosigkeit gegeben hat. Abgesehen davon, daß bereits auf Grund der Ergänzungsverfügung vom 30. Mai zur Verordnung vom 24. Januar 1919 die Angestellten-Ausschüsse bei vorzunehmenden Kündigungen zu befragen und daß den Angestellten-Ausschüssen Einspruchsrechte gegen Kündigungen zugebilligt waren, läßt die neue Verordnung vom 3. September cr. Entlassungen vorläufig überhaupt nicht zu. Denn nach § 12 dieser Verordnung dürfen Entlassungen nur dann vorgenommen werden, wenn dem Arbeitgeber nach den Verhältnissen des Betriebes keine Vermehrung der Arbeitsgelegenheit durch Verkürzung der Arbeitszeit (Streckung der Arbeit) zugemutet werden kann. Hierbei braucht jedoch die Wochenarbeitszeit nicht unter 24 Stunden herabgesetzt zu werden. Allerdings zeigt sich im nächsten Satz des § 12 ein Haken, nämlich der, daß bei Herabsetzung der Arbeitszeit eine Kürzung des Gehaltes von dem Zeitpunkt an eintreten kann, an dem eine Entlassung der betreffenden Arbeitnehmer im Falle des Fehlens vorstehender Vorschrift nach den gesetzlichen und vertraglichen Bestimmungen zulässig wäre. — Das heißt also: Würde einem Angestellten am 15. November vertragsmäßig gekündigt worden sein, so könnte vom 1. Januar 1920 an eine Gehaltskürzung eintreten. Diese Kürzung vermag unter Umständen auf die pekuniäre Lage des betr. Angestellten von einschneidender Bedeutung zu sein. In diesem Falle ist es dann Pflicht eines jeden Angestellten, sich sofort an seine Organisation zu wenden und diese zu beauftragen, mit dem Geschäftsinhaber in Verhandlung zu treten, damit der ihm unter normalen Verhältnissen zugebilligte Gehaltssatz auch weiterhin gezahlt wird. Daß heutzutage jeder Opfer bringen muß, ist ein Gebot der Stunde. Der die meisten Opfer getragen hat, ist doch letzten Endes meistens der Arbeitnehmer gewesen, der aus seinem Erwerbsleben durch den Krieg heraus gerissen wurde und während des ganzen Krieges seine Ersparnisse angreifen mußte, sofern solche überhaupt vorhanden waren. Wie viele Unternehmer dagegen mögen sich bereichert haben? Eigentümlicher Weise stößt man dabei auf die Tatsache, daß gerade die letzteren oftmals den hartnäckigsten Widerstand leisten! — Doch zurück zur Kündigungsfrage. —

Sollten nun Verhandlungen zwischen Organisation und Arbeitgeber betr. Abstandnahme von der Kündigung ohne Erfolg sein, so wird die Angelegenheit dem Demobilmachungsausschuß übergeben. Dieser hat laut § 17 der Verordnung vom 28. März cr. das Recht, den in Betracht kommenden Arbeitgebern und Arbeitnehmern die erforderlichen Auskunftspflichten aufzuerlegen. Es hat demnach jeder Unternehmer dem Demobilmachungs-Ausschuß Auskunft zu geben über die finanzielle und sonstige Lage seines Betriebes. Im Falle der Unwahrscheinlichkeit der Angaben kann eine Kommission zur Einsichtnahme in die Bücher eingesetzt werden.

Für die z. Zt. erwerbslosen Arbeitnehmer ist der § 15 der Verordnung vom 3. September von wesentlichem Interesse. Danach sind die Demobilmachungsausschüsse befugt, Unternehmer solcher Betriebe und Inhaber solcher Büros, die in der Regel mindestens 20 Arbeiter oder 10 Angestellte beschäftigen, oder die erst seit dem 1. August 1914 entstanden oder wesentlich vergrößert worden sind, zur Einstellung einer bestimmten Mindestzahl von Kriegsteilnehmern oder reichsdeutschen Zivilinternierten zu verpflichten. Der Bescheid des Demobilmachungsausschusses ist unzulässig solchen Arbeitgebern gegenüber, die freiwillig und ohne sonstige Vergrößerung des Betriebes oder Büros ihren Bestand an Arbeitnehmern vom 1. September 1919 um fünf vom Hundert durch Arbeitnehmer erhöhen. Diese Vorschriften bedeuten den Einstellungszwang, der jedoch nur für 3 Monate ausgesprochen werden kann.

Daß jedem erwerbslosen Arbeitnehmer über die schwere Winterzeit hinweggeholfen wird, ist eine selbstverständliche Pflicht der Nächstenliebe, er wird dann auch bemüht sein, sich seine jetzige Stelle durch Strebsamkeit und Fleiß zu erhalten. Denn letzten Endes kann der Demobilmachungsausschuß ein weiteres Verbleiben in der Stellung anordnen, da ja Entlassungen zur Verminderung der Arbeitnehmer wiederum der Genehmigung der Demobilmachungsausschüsse bedürfen. Für Behörden usw. findet letztere Bestimmung keine Anwendung.

Würden beide Teile, Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Vermeidung von gegenseitigen Mißhelligkeiten und zur sachlichen Beseitigung der letzteren beitragen, sowie das erforderliche soziale Verständnis für die Forderungen der neuen Zeit besitzen, dann würde sich mancher Aerger und manches Opfer von Zeit und Geld von selbst erübrigen!

Turnen, Spiel und Sport

Die Einigung zwischen Turnern und Leichtathleten vollzogen.

Die Einigungsverhandlungen, die zwischen der Deutschen Turnerschaft und der Deutschen Sportbehörde für Athletik seit etwa zwei Jahren gepflogen worden sind, haben in einer am Sonntag in Berlin abgehaltenen erneuten Besprechung zu einem gewissen Abschluß geführt. Unter Berücksichtigung der grundsätzlichen Bereitwilligkeit beider Parteien zur Einigung, die im Interesse der ganzen Turn- und Sportbewegung nötig erscheint, ist beschlossen worden, daß die Deutsche Turnerschaft in den Vorstand der deutschen Sportbehörde für Athletik fünf Vorstandsmitglieder entsendet. Dieser erweiterte Vorstand erhält den Auftrag, Richtlinien auszuarbeiten, nach denen die Unterverbände der Deutschen Sportbehörde und die Kreise der Deutschen Turnerschaft die Vereinigung innerhalb ihres Arbeitsbezirks zu vollziehen haben, wobei beiden Seiten weitgehendste Bewegungsfreiheit zu lassen ist. Vorbehaltlich der Genehmigung der Unterverbände der Deutschen Sportbehörde und des Hauptausschusses der Deutschen Turnerschaft erhalten die gefaßten Beschlüsse bindende Kraft, so daß bereits im nächsten Jahr die praktische Durchführung der Einigung gewährleistet ist.

* * *

Versammlung. — Ballspielverein Hohenzollern hält eine ganz wichtige Mitglieder-Versammlung ab. Wie wir aus sicherer Quelle erfahren, handelt es sich um einen Zusammenschluß mit einem anderen Verein.

Verschiedenes. — Eine selten gute Leistung vollbrachte der 50 Jahre alte Ph. Brendel (V. f. B. Breslau) der vom Deutschen Reichsausschuß für Leibesübungen das Goldene Sportabzeichen erwarb. Er schwamm 300 Meter in 6 Min. 50 Sek. erreichte im Weitsprung 4,78 Meter, lief 400 Meter in 63 Sek., 10 000 Meter in 44 Min. 30 Sek. und stieß im Steinstoßen 11,20 Meter.

Gewinn-Auszug
der
14. Preuss.-Südd. (240. Preuss.) Klassen-Lotterie

5. Klasse — 13. Ziehungstag — 21. November 1919

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 240 Mark gezogen.

2 Gewinne zu 15000 M 94822
8 Gewinne zu 5000 M 4780 29280 93707 107369
64 Gewinne zu 3000 M 12325 34663 35311 38452 42983 43661 45200 48904 49435 50819 50883 51490 61741 62769 63938 68958 69339 70215 71789 74808 87657 87698 90163 100268 143704 152099 167872 167763 174424 192341 207064 225685
142 Gewinne zu 1000 M 761 6089 9331 16994 18622 22632 27896 28413 29974 40356 46132 48423 49575 56350 57915 60406 62091 62833 63113 67123 67806 71882 72268 72334 74343 81571 84521 84547 88743 92624 94181 94409 101309 110028 123378 124660 124662 125971 131397 131748 133917 134240 137761 137985 144738 145470 148071 148643 159857 172186 176559 184652 185531 187414 186988 189583 196737 208936 209494 211856 213833 214210 216106 217910 223461 223891 225755 231482 233086 233122 233284
220 Gewinne zu 500 M 1089 1956 5587 17359 18027 19434 20707 22696 23789 23947 24960 25321 26730 35752 36786 37337 40119 40606 42205 43939 45641 55247 55395 55579 55944 61205 64273 66623 72788 75559 75695 77130 77706 80364 82706 85658 85667 85775 86080 87186 89156 91461 93323 93418 97160 97230 98649 105334 106965 108966 109023 114951 115710 116899 117603 122312 127334 130061 131973 135189 137064 137135 138095 139824 141830 141876 143867 144518 145732 152757 153101 153831 153858 156010 157756 157983 158553 160180 162791 169232 174649 182274 184300 184898 188204 189537 189810 191143 194018 194719 206166 206703 208789 213205 213279 215739 216541 216545 216727 216846 217321 217450 220423 220622 220998 227071 227589 233324 233641 233989

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 240 Mark gezogen.

2 Gewinne zu 75000 M 89526
2 Gewinne zu 30000 M 231047
6 Gewinne zu 10000 M 39630 153944 159092
12 Gewinne zu 5000 M 46200 108840 123005 148523 168080 220512
72 Gewinne zu 3000 M 46 3328 11085 14475 23570 24035 37580 54406 55937 64157 72563 76673 79997 90754 97623 100589 109867 112506 126010 131595 144339 146032 151368 158530 164175 181131 181964 183498 187274 189109 202964 206717 220768 225119 227941 231982
114 Gewinne zu 1000 M 10857 11253 13052 21507 22178 32303 39346 40313 44622 47720 51188 58324 59570 60845 61458 65541 69157 70504 72002 74069 77674 78792 85464 93319 95811 96587 99153 102267 110265 111104 114408 138803 139370 141005 144651 144855 145423 152258 159190 162478 174439 174937 176003 177808 180667 182325 182638 187701 206271 207292 214191 217035 218690 221922 227035 228515 231623
212 Gewinne zu 500 M 1787 6980 13451 13576 14569 16038 20911 21287 28625 29713 33032 34104 36975 37748 42204 44248 45498 49446 52376 63963 54843 56553 58752 58850 61036 66345 69295 71951 72665 72755 77669 79768 80968 81459 85152 86811 89594 90584 91819 93064 99000 100306 100479 101162 101696 102673 102791 103524 107211 110331 111235 112538 113358 114636 115449 115481 122496 123680 125730 128009 128121 131230 132198 133741 139255 142149 143686 149084 150049 152522 153986 156836 156977 159502 160884 161026 171952 172420 172988 174030 174812 176758 179418 179425 186698 187990 194892 195216 198134 196606 197823 204272 209137 214069 215209 216651 216902 219714 221529 221553 222184 222208 228000 230446 231681 232033

Graue Handtücher
in starker Drell-Qualität
per Meter **Mk. 7.80**
vorrätig bei
Otto Dobkowitz.

Lebensmittel

vom 1.—7. Dezember 1919 auf den Kopf:

100 Gramm Grütze zu 15 Pfg auf Bezugschein Nr. 79
200 „ Marmelade „ 60 „ „ „ „ 80
½ Pfund Rübensaft „ 1,05 ℳ „ „ „ 81

Abgabe der Bezugscheine am Mittwoch, den 26. November 1919 und Donnerstag, den 27. November 1919.

In den Gast- und Speisewirtschaften ist für Mittagessen abzugeben: Bezugschein Nr. 79.

Einreichung der Forderungsnachweise wie üblich.

Verkauf nächste Woche Donnerstag bis Sonnabend. Verkauf vorher verboten.

Die Abstempelung der Lebensmittelhefte hat pünktlich zur festgesetzten Zeit zu geschehen.

Nachbelieferungen erfolgen grundsätzlich nicht mehr.

Merseburg, den 24. November 1919.

L.-A. II. 3408/19. Das städtische Lebensmittelamt.

Roßfleisch- und Fleischwaren-Verkauf

findet am 26. November 1919 bei Möbius, Tiefer Keller 1
nachm. von 2—3 Uhr auf die Ordnungsnummern 1401—1500
„ „ 3—4 „ „ „ „ 1501—1600
bei Hoffmann, Brühl Nr. 6
nachm. von 2—3 Uhr auf die Ordnungsnummern 1601—1700
„ „ 3—4 „ „ „ „ 1701—1800
„ „ 4—5 „ „ „ „ 1801—1900
statt. Ein Anspruch auf eine bestimmte Art von Fleisch besteht nicht.

Merseburg, den 25. November 1919.

L.-A. I. 1122/19. Das städtische Lebensmittelamt.

Gemüse-Ankauf.

Die I. Abteilung Landesjäger beabsichtigt in nächster Zeit laufend

Frischgemüse

das nicht der Zwangsbewirtschaftung unterliegt, für die Abteilungs-Küche anzukaufen.

Angebote mit Preisangabe an Hauptmann Zech, Merseburg, Kaserne

Der illustrierte
Merseburger Tageblatt-Kalender
1920
ist erschienen. Der alte, alljährlich um die Weihnachtszeit wiederkehrende Freund unserer Leser birgt
Unterhaltendes, Belehrendes und Humoristisches
in bunter Fülle.
Auf untenstehendem Bestellzettel bitten wir Sie, uns Ihre Bestellungen baldmöglichst einzusenden, da sich erfahrungsgemäß kurz vor Weihnachten die Aufträge häufen und infolgedessen nicht so schnell und prompt erledigt werden können.

Wir/Ich bestelle hierdurch .... Stück
Illustrierter Merseburger Tageblatt-Kalender für 1920
zum Preise von **60 Pfennig.**
Betrag folgt anbei.
„ ist nachzunehmen.
.... (Ort.) .... (Name.)
Recht deutlich schreiben.

Feldbahn
zu kaufen gesucht. Angebote unter **L. A. 448** an die Expedition dieses Blattes.

Klavier-Unterricht
erteilt
Otto Renner, Markt 18.

Verlobte
Damen senden Adresse unter »Leben und Gesundheit 2« Berlin S.W. 13 postlagernd.

Briefmarken-Sammlung
zu verkaufen. Wo? sagt die Expedition dieses Blattes.

Gut erhaltener
Schulranzen
zu kaufen gesucht. Offerten unt. **K. 261** an d. Exp. d. Bl.

Makulatur hat abzugeben
Merseburger Tageblatt.

Petroleum.

Die Petroleummarke Nr. 3 ist von den Verbrauchern sofort an die Petroleumverkaufsstellen zur Belieferung abzugeben. Die Abgabe hat noch zum Preise von 1,20 ℳ das Liter zu erfolgen, soweit die alten Petroleumbestände ausreichen.

Das neugelieferte Petroleum ist vorläufig noch nicht zum Verkauf freigegeben. Nähere Anordnung darüber folgt.

Merseburg, d. 25. Nov. 1919.

Nr. M. 710/19. Der Magistrat.

Pferde-, Wagen- und Geschirr-Auktion.

Sonnabend, den 29. Novbr. d. Js., vorm. 11 Uhr werde ich im Gasthof zur grünen Linde hier,

3 gute Reitpferde (auch firm gefahren, Ostpreußen), 1 Coupé (fast neu), 1 Jagdwagen, 2 Geschirre, 2 Sattel (sehr gut erhalten), verschied. Geschirr- u. Stallutensilien wegen Aufgabe des Stalles öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern. Bedingungen im Termin. Pferde und Wagen usw. ist noch im guten Zustande.

Im Auftrage des Besitzers:
Albert Franke, Auktionator.

Bettnässen
Befreiung sofort. Alter und Geschlecht angeben. Ausk. umsonst.
Sanis Versand München 138 a

Möbl. Zimmer
von jungen Herrn für sofort zu mieten gesucht, eventl. mit Kost. Angebote unt. A. D. 100 an die Exp. dieses Bl. erbeten.

Für Anfänger erteilt
Violin-Unterricht
Anfragen sind schriftlich unter 435 in der Expedition dieser Zeitung zu hinterlegen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919191126-10/fragment/page=0006